

# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 6/2022



**Eine Grenze mitten durch Deutschland – Ursachen und Folgen**

**SED-Opferbeauftragte fordert Fonds für ehemalige DDR-Zwangsarbeiter**

**Bessere Rehabilitierungsaussichten für DDR-Sportgeschädigte**

**Ehemaliges Zuchthaus Cottbus – Neue Geschäftsführerin**

### Aktuell

- 3 Digitales Zeitzeugenportal soll Dimension des Unrechts sichtbar machen  
Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Dresden
- 4 Ehemaliges Zuchthaus Cottbus – Neue Geschäftsführerin
- 5 Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus

### Recht

- 6 SED-Opferbeauftragte fordert Fonds für ehemalige DDR-Zwangsarbeiter  
Erhöhung der Einkommensrichtwerte bei Bedürftigkeit

### Aufarbeitung

- 7 Erste Erfahrungen mit dem Anerkennungsverfahren zur Anerkennung kirchlichen Unrechts zu DDR-Zeiten  
Ehrliche Aufarbeitung?
- 8 Bessere Rehabilitierungsaussichten für DDR-Sportgeschädigte  
Generationswechsel im Roten Ochsen Halle / Saale

### Berichte

- 10 Das Treffen in Jena oder Von Paris ins Paradies verlegt
- 11 Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge
- 12 Letzte Adresse – Gedenktafel für Fritz Storch
- 13 Freistaat Bayern erinnert mit eigenem Gedenkakt an die Opfer von Flucht und Vertreibung
- 14 Am 12.07.2022 wurde Pavel Litvinov 82 Jahre alt
- 15 „SEELISCHE NARBEN“ im historischen Haus

### Geschichte

- 16 Eine Grenze mitten durch Deutschland – Ursachen und Folgen

### Verbände

- 19 Beisammensein – Das Verbändetreffen der UOKG e.V. im Juni 2022
- 20 Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur sucht Zeitzeugen
- 21 Nachruf auf Karl Heinz Vogeley

### Service/Bücher

- 22 Namen sind Schall und Rauch  
Als das Rote Meer grüne Welle hatte
- 23 Leseempfehlungen eines Lesers des Stacheldrahtes  
Buchpremiere

### Umschlagbild

East Side Gallery in Berlin.  
Auskehre am Potsdamer Platz 1990...  
Die Mauer muss(te) weg...

Foto: Pietzsch

# Letzte Adresse

Am 08. Juli 2022 wurde in der Mengerzeile 8 in Berlin, Bezirk Treptow -Köpenick, in Erinnerung an Fritz Storch ein Namensschild zur „Letzten Adresse“ angebracht. Fritz Storch wurde am 27. Januar 1951 vom MfS verhaftet und anschließend an die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) überstellt. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in der DDR wurde ein Jahr zuvor, am 08. Februar 1950, gegründet. Vom sowjetischen Militärtribunal wurde Storch kurze Zeit später, nämlich am 04. Juli 1951, in Moskau erschossen und anschließend anonym auf dem Donskoje-Friedhof verscharrt. Die Vorwürfe für seine Verhaftung und Verurteilung waren lapidar. So soll er Kontakt zu einem ehemaligen SS Offizier gehabt haben. Die Anbringung der Gedenktafel ist die erste in Berlin, die in der Verantwortung von MEMORIAL für die Opfer der kommunistischen Terrorherrschaft angebracht wurde. Der Bezirksbürgermeister von Treptow Köpenick, Herr Oliver Igel, hielt eine kompetente und glaubhafte Rede zu Ehren von Fritz Storch. Ganz besonders beeindruckend war aber die Anwesenheit der Tochter und der Enkelkinder von Familie Storch.

Tochter und Enkeltochter von Fritz Storch verschraubten die Tafel selbst an der Wand und die Enkeltochter bedankte sich bei den Initiatoren dieses öffentlichen Gedenkens. Auch wenn das Unrecht an ihrem Vater und Großvater nicht ungeschehen gemacht werden kann, so können doch die Leser diese Gedenktafel darin ein Anstoß finden, darüber nachzuden-

ken, was das Leben und was die Freiheit bedeuten. Dass die Thematik der kommunistischen Verbrechen für viele Neuland ist, zeigte sich auch in einem begleitenden Bericht im Hörfunk RBB. Dort wurde berichtet, Storch wurde wegen des Besitzes westdeutscher Zeitungen, und weil er sich angeblich abfällig über das SED-Regime geäußert haben soll, verhaftet. Zudem wird ihm vorgeworfen, Kontakt zu einem ehemaligen SS-Offizier unterhalten zu haben. Was allerdings nicht berichtet wurde, war, dass Fritz Storch 1999 von einem Moskauer Gericht vollständig rehabilitiert wurde.

Aber sei es drum, die Anbringung der Gedenktafel ist ein Stück Heilung für die Familie von Fritz Storch, und ich bin sicher, sie ist auch ein wichtiger öffentlicher Beitrag zur Kenntnis über die Untaten der kommunistischen Gewaltherrschaft sowie für die Bildung und Festigung unserer Demokratie. Bei der UOKG hat zeitgleich ein Mitarbeiter von MEMORIAL aus Petersburg als Praktikant seine Arbeit aufgenommen. Wir möchten damit MEMORIAL aber auch die Arbeit von Dissidenten aus Russland und Weißrussland unterstützen.

Wenn sie, liebe Leser von „der stacheldraht“, dabei mithelfen möchten, können Sie uns gerne eine Spende zukommen lassen. Konto und Bankverbindung sind auf der Rückseite des „Stacheldrahtes“ zu finden.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Dieter Dombrowski

## Digitales Zeitzeugenportal soll Dimension des Unrechts sichtbar machen

Das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) fördert ein Projekt zur Erforschung politisch motivierter Zwangsadoptionen in der DDR. Das wissenschaftliche Projekt wird im Rahmen einer Zuwendung vom Deutschen Institut für Heimerziehungsforschung gGmbH begleitet und beginnt am 01. Juli 2022. Es wird für eine Dauer von 36 Monaten mit rund 970.000 Euro gefördert.

Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern und für Heimat, Juliane Seifert, begrüßt den Start des Forschungsprojektes: „Mit dem Forschungsvorhaben will sich die Bundesregierung ein realistisches Bild darüber verschaffen, in welchem Umfang in der DDR bei Adoptionsverfahren politisch motiviert Unrecht ausgeübt wurde und es beispielsweise zu Zwangsadoptionen kam. Ein besonderes Augenmerk soll auf die Betroffenen gelegt werden. Damit soll ein Kapitel mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung

aufgearbeitet werden, das bislang noch wenig beachtet blieb.“

Mit dem Start des Projekts setzt das BMI den Beschluss des Deutschen Bundestages (Bundestags-Drucksache 19/11091) aus dem Jahr 2019 um. Mit der Anfertigung der Hauptstudie sollen insbesondere Bedeutung, Umfang und historische Dimension der politisch motivierten Adoptionsverfahren im Unrechtssystem der SED-Diktatur erforscht werden.


Dabei sollen die Umstände von Zwangsadoptionen aufgearbeitet und die verschiedenen Definitionen des Begriffs der Zwangsadoption noch einmal diskutiert, an neuem Material überprüft und im Fokus verschiedener Wissenschaftsdisziplinen entfaltet werden. Politisch motivierte Adoptionsverfahren in der DDR standen vielfach in Zusammenhang mit politischer Haft, Ausreise oder anderweitiger politisch motivierter Repression gegen die leiblichen Eltern.

Das Forscherteam ist interdisziplinär aufgestellt und besteht u.a. aus Sozialethikern, Erziehungswissenschaftlern, Juristen, Psychologen und Medizinhistorikern unterschiedlicher Universitäten und Institute.

Neben Recherchen in einschlägigen Aktenbeständen plant das DIH u.a. auch die Entwicklung eines eigenen Zeitzeugenportals in Form einer Homepage.

Informationen für Betroffene und Interessierte rund um das Thema „politisch motivierte Adoptionen in der DDR“ bieten die Webseiten der Zentralen Auskunfts- und Vermittlungsstelle (ZAuV) und der Projektgruppe DDR Zwangsadoptionen im BMI:

<https://www.zauv.bund.de>

<https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/gesellschaftlicher-zusammenhalt/ddr-zwangsadoptionen/ddr-zwangsadoptionen-node.html> 

## Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Dresden

### Besuchertage im Stasi-Unterlagen-Archiv Dresden

Donnerstag, 25.08. – 29.09. – 27.10. – 24.11. – 15.12.2022 – 09–18 Uhr  
Archivrundgang: 16.30 Uhr

Das Stasi-Unterlagen-Archiv in Dresden lädt am 28. Juli 2022 zu einem Besuchertag ein. Gäste bekommen bei einem geführten Archivrundgang um **16.30 Uhr** einen Überblick über die besondere Geschichte des Archivs, die Bestände und deren Nutzung sowie die Arbeitsweise der Staatssicherheit. Ausgewählte Akten werden vorgestellt.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich zwischen **9.00 und 18.00 Uhr** zur Akteneinsicht informieren und beraten lassen.

Kann man auch in Unterlagen verstorbener Familienangehöriger Einsicht nehmen? Welche Möglichkeiten gibt es, Decknamen entschlüsseln zu lassen? Diese und andere Fragen beantworten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie helfen

auch bei der Antragstellung und erläutern die gesetzlichen Regelungen. Der Antrag auf persönliche Einsichtnahme in Stasi-Unterlagen kann direkt vor Ort gestellt werden. Dafür ist ein gültiges Personaldokument erforderlich.

Der Eintritt ist frei.

### Führung für Seniorinnen und Senioren

Dienstag, 09.08. – 08.11.2022 – 10.00 Uhr

Viermal im Jahr um 10 Uhr lädt das Dresdner Stasi-Unterlagen-Archiv interessierte Seniorinnen und Senioren zu einer Führung ein. Wir vermitteln einen lebendigen Eindruck von den Überwachungs- und Unterdrückungsmethoden der DDR-Geheimpolizei in der Region. Auch erläutern wir den Umgang mit den Stasi-Unterlagen heute. Auf Wunsch werden Sitzgelegenheiten bereitgestellt.

Das Stasi-Unterlagen-Archiv Dresden verwahrt rund 8.239 Regal-Meter Akten und

3 Millionen Karteikarten sowie zahlreiche Fotos, Filme und Dias. Im Anschluss können Sie einen Antrag auf persönliche Akteneinsicht stellen. Bitte bringen Sie für die Identitätsbestätigung ein gültiges Personaldokument mit. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beraten Sie umfassend und sind Ihnen gerne bei der Antragsstellung behilflich.

Wir bitten Sie um eine Anmeldung per Telefon unter der Rufnummer: 0351 2508-3411 oder per E-Mail: [dresden.anmeldungen@bundesarchiv.de](mailto:dresden.anmeldungen@bundesarchiv.de). Die Führung ist auf max. 15 Teilnehmende beschränkt.

Der Eintritt ist frei.

### Tag des offenen Denkmals

Sonntag, 11.09.2022

Die Topographie der Sicherheit. Rundgang durch das ehemalige Areal der Staatssicherheit am Dresdener Elbhänge

Abgeschirmt und doch gut sichtbar residierte die Staatssicherheit am Dresdener



Elbhing. Ein ganzes Viertel war geprägt von Stasi-Dienststellen, Wohnungen, der U-Haftanstalt, Sozialgebäuden, Infrastruktur sowie der KGB-Villa. Die konkrete Funktion der Objekte blieb geheim, ebenso wie die Ausstattung und Arbeitsweise der darin tätigen Stasi-Mitarbeiter. Durch die Auswertung zahlreicher Stasi-Akten liegen nun genauere Kenntnisse darüber vor. Im Rundgang stellt der Historiker Heiko Neumann ausgewählte Standorte der Stasi und des KGB rund um die Bautzner Straße vor.

Treffpunkt: Eingang Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden

Der Eintritt ist frei.

### Filmvorführung mit Diskussion, Ausstellung

Donnerstag, 29.09.2022

„Dresden 1989/90 – Eine Stadt im Umbruch“

Die Dresdner Neustadt ist heute als Dresdens buntes Szeneviertel bekannt. Dieser Ruf gründet nicht zuletzt auf dem 1990 das erste Mal ausgerufenen Straßenfest „Bunte Republik Neustadt“. Der Ausgelassenheit, der Hoffnung auf politische Veränderungen standen damals aber auch Ängste der alteingesessenen Bewohner dieses Viertels gegenüber. Neue Bewohner besetzten die maroden Häuser.

Der Filmemacher **Thomas Claus** hat diese besondere Stimmung in dem Film **„Auf der Suche nach der verlorenen Stadt“** eingefangen. Nach der Vorführung wird er mit den Gästen ins Gespräch kommen.

Die Fotoausstellung **„Bilder einer Stadt. Dresden gesehen durch die Linse der Stasi“** wirft einen Blick auf die letzten Jahre der DDR in Dresden – Verfall und Neubau standen sich hier direkt gegenüber.

Der Eintritt ist frei. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Um Anmeldung wird gebeten.

Bundesarchiv  
– Stasi-Unterlagen-Archiv –  
Außenstelle Dresden  
Riesaer Str. 7 D  
01129 Dresden  
Tel.: (0351) 2508-3411  
E-Mail: [dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de](mailto:dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de)  
Internet: [www.bundesarchiv.de](http://www.bundesarchiv.de)  
[www.stasi-unterlagen-archiv.de](http://www.stasi-unterlagen-archiv.de)

## Ehemaliges Zuchthaus Cottbus – Neue Geschäftsführerin

Heide Schinowsky wurde mit großer Mehrheit als neue geschäftsführende Vorsitzende vom Menschenrechtszentrum Cottbus gewählt.

Auf einer Mitgliedsversammlung des Vereins Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. (MRZ) wurde Heide Schinowsky am Sonnabend mit großer Mehrheit als neue geschäftsführende Vorsitzende und Gedenkstättenleiterin gewählt. Dieter Dombrowski als Vorsitzender und die weiteren Vorstandsmitglieder wurden auf der Versammlung für drei Jahre wiedergewählt; die ehemaligen Häftlinge bilden damit weiterhin die Mehrheit im Vorstand.

Die 46-Jährige gebürtige Brandenburgerin lebt heute in Jänschwalde und war von 2014 bis 2019 als bündnisgrüne Landtagsabgeordnete für die Aufarbeitung von DDR-Unrecht verantwortlich. Schinowsky folgt der langjährigen Leiterin Sylvia Wähling, die seit 2010 mit der Leitung der renommierten Gedenkstätte im ehemaligen Cottbuser Zuchthaus betraut war.

„Hinter dem Verein liegen viele Jahre intensiver Aufbauarbeit. Und es ist kaum mehr vorstellbar, was ohne das unglaubliche Engagement des Vereins und insbesondere von Sylvia Wähling aus diesem Ort geworden wäre. Nun ist es sowohl ein Ort des Gedenkens an erlittenes Unrecht als auch ein Stätte, in der aktiv für die Einhaltung der Menschenrechte gearbeitet



Porträtbild Heide Schinowsky – Menschenrechtszentrum-Cottbus

wird“, sagte Schinowsky am Sonnabend am Samstag vor ehemaligen Häftlingen.

Im Verein hatten sich Mitte der 2000er Jahre ehemalige Insassen zusammengefunden und den Kauf des Geländes vom ehemaligen Zuchthaus Cottbus organisiert. Zu DDR-Zeiten waren im Gefängnis überwiegend politische Gefangene inhaftiert. Heute ist das gesamte Areal eine über die Landesgrenze bekannte Gedenkstätte.

Das umfassende Engagement der nun ehemaligen geschäftsführenden Vorsit-




Ehemaliges Zuchthaus Cottbus. v.l.n.r. Heide Schinowsky, Sylvia Wähling  
Quelle: [ideengrün.de](http://ideengrün.de) | Markus Pichlmaier

zenden Sylvia Wähling für den Verein und die Gedenkstätte wurde im Rahmen einer Abschiedsveranstaltung mit Mitgliedern und Gästen gewürdigt. Neben dem Vereinsvorsitzenden Dieter Dombrowski dankten Dr. Maria Nooke, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD), die Cottbuser Bürgermeisterin Marietta Tzschope und Sebastian Richter, Bundesarchiv-Außenstellenleiter in Frankfurt (Oder) in Vertretung für die Bundesarchiv-Vizepräsidentin Alexandra Titze, Frau Wähling für ihr Engagement und die fruchtbare Zusammenarbeit.

Schinowsky kündigte an, die „Strahlkraft“ als Begegnungs- und Lernort vom Menschenrechtszentrum weiterzuentwickeln: „Wir werden die Idee der Gründung einer Stiftung weiter verfolgen, um das langfristige Bestehen der Gedenkstätte zu sichern“, sagte Schinowsky. Zudem will sich die studierte Sozialpädagogin für den Erhalt und Sanierung aller Gebäude auf dem Areal des ehemaligen Zuchthauses einsetzen. Dafür können nach Ansicht der neuen Gedenkstättenleiterin auch Mittel aus dem Strukturwandel eingesetzt werden. „Die Aufarbeitung der jüngeren Geschichte gehört untrennbar zur Vergangenheit der Kohleförderung im ehemali-

gen Bezirk Cottbus“, erklärte Schinowsky. So war die Dichte an Stasi-Spitzel in der Lausitz besonders hoch, weil die Region wegen der Braunkohle das Herz der Energieversorgung der DDR war.

Menschenrechtszentrum  
Cottbus e. V. (MRZ)  
Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus  
Bautzener Str.140, 03050 Cottbus  
Mobil: 0177/603 1513  
Fax: +49 (0) 355 290 133 33  
Mail: heide.schinowsky@  
menschenrechtszentrum-cottbus.de  
Web: www.menschenrechtszentrum-  
cottbus.de 

## Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus

**Dienstag, 09. August 2022,  
18:00 Uhr**

Nathalie Nad-Abonji: die Schweizer Journalistin stellt ihren dramatischen Hörfunkbeitrag vor: TRIPPERBURG (53 min.)

„Du bleibst jetzt erst mal hier!!! - sagt die Krankenschwester und schließt hinter Susanne ab. Sie ist 15 Jahre alt, als Transportpolizisten der DDR das Mädchen in die Venerologische Station der Geschlossenen Krankenanstalt in Leipzig einliefern. „Tripperburg“ sagt der Volksmund dazu. Auch in der Rostocker Johannisstraße gab es damals eine geschlossene Station für angeblich geschlechtskranke Mädchen und Frauen. Susanne war aber gar nicht geschlechtskrank. Das weiß sie heute, nachdem sie vor kurzem ihre Patientenakte einsehen konnte. Mit 62 Jahren möchte sie sich endlich von dem traumatischen Makel befreien, der ihr seither anhaftet. Susanne und zwei andere Frauen sprechen zum ersten Mal über das, was ihnen damals, wie tausenden Anderen, in den Kliniken des SED-Regimes widerfahren ist.

**Dienstag, 23. August 2022,  
18:00 Uhr**

Bernd Lippmann: der ehem. DDR-Häftling hält einen multimedialen Vortrag: Ehemalige DDR-Bewohner im Visier des MfS

Wer die DDR in Richtung West verlassen hatte, galt den Herren um Honecker und Mielke als zumindest potentieller Feind. Einerseits kannten solche Menschen die Verhältnisse in der DDR und konnten die irrationalen Vorstellungen vieler Westdeutscher korrigieren, andererseits waren die sogenannten Rückverbindungen Teufelswerk in den Augen des MfS. Einige

ehemalige DDR-Bewohner unterstützten darüber hinaus aktiv oppositionelle Bestrebungen gegen die SED. Das MfS arbeitete mit Zersetzungen, Entführungen, Mordplänen gegen Personen und Organisationen, die als Feindkräfte angesehen wurden. Es wurden Spitzel eingeschleust, andere im Westen angeworben.

**Dienstag, 06. September 2022,  
18:00 Uhr**

Erna Wormsbecher: die russland-deutsche Spätaussiedlerin stellt ihr drittes autobiografisches Werk vor: WURZELN IM WINDE

Die Autorin Erna Wormsbecher wurde 1947 als Deutsche in Sibirien und nicht wie der Rest der Familie in der Wolgarepublik geboren. Seit 1995 lebt sie mit der ganzen Familie in Deutschland und war zunächst sehr bemüht, dass sich alle Familienmitglieder so schnell und gut wie möglich in das Leben der neuen „alten Heimat“ integrieren. Anfangs war dies nicht leicht, denn in Russland waren sie einst die Deutschen und hier nun in Berlin die Russen. Schnell engagierte sich die studierte Pädagogin mit 30 Jahren beruflicher Erfahrung bei zahlreichen Integrationsprojekten, u. a. hat sie in der evangelischen Kirchengemeinde am Humboldtthain eine Schule für Kinder von Russlanddeutschen aufgebaut. In ihrer Rückschau kann sie für sich und die Familie heute eine mehr als positive Bilanz der Integration ziehen, denn aus allen ist etwas geworden.


**Dienstag, 20. September 2022,  
18:00 Uhr**

Dr. Cora Stephan: die Publizistin und Schriftstellerin stellt ihre doppelte deut-

sche Geschichte vor: Ab heute heiße ich Margo. Zwei Frauen, zwei Töchter, zwei Kriege, zwei Deutschlands – und ein gemeinsames Schicksal.

Die Wege von Margo und Helene kreuzen sich in Stendal in den Dreißiger Jahren. Margo ist Lehrling in der Buchhaltung, Helene Fotografin. Sie lieben denselben Mann, werden durch den Krieg getrennt und bleiben doch miteinander verbunden. Selbst das Ende der DDR bedeutet kein Ende ihrer dramatischen Verstrickung, die noch bis ins letzte Jahr des 20. Jahrhunderts reicht. Cora Stephan erzählt Zeitgeschichte als Familiengeschichte und entwirft Charaktere, denen man voller Spannung folgt, getrieben von dem Wunsch, dem Rätsel von Liebe, Verwandtschaft und Verrat auf die Spur zu kommen.

### Veranstaltungsort

GEDENKBIBLIOTHEK ZU EHREN DER  
OPFER DES KOMMUNISMUS  
Nikolaikirchplatz 5–7  
D-10178 Berlin-Mitte (Nikolaiviertel)  
Tel.: 030 – 283 43 27  
www.Gedenkbibliothek.de 

### Korrekturen zur Ausgabe 5/22

Ein Fehler im Beitrag „Fundstück“. Der Redakteur hatte zu viele Rosi(e)nen im Kopf und bittet um Entschuldigung.

Auf Seite 15 ist am Ende aus ‚Wolfgang‘ ein ‚Manfred‘ geworden. Der Autor heißt Wolfgang Lehmann. Auf Seite 8 sind unten im Kasten „Flüsterwitze“ die ersten 2 Zeilen versehentlich hineingeraten! Sie stammen aus einem früheren Beitrag von Wolfgang Lehmann.

Unseren aufmerksamen Lesern ein Dankeschön!

## SED-Opferbeauftragte fordert Fonds für ehemalige DDR-Zwangsarbeiter

Von der Zwangsarbeit in der DDR und den dadurch hergestellten Produkten hätten auch viele westdeutsche Firmen profitiert, sagte Evelyn Zupke, Bundesbeauftragte für die SED-Opfer, im Deutschlandfunk. Diese Firmen möchte sie nun in die Verantwortung nehmen – mit einem Entschädigungsfonds für ehemalige Zwangsarbeiter

Über die Hälfte der Betroffenen von SED-Repression lebe laut einer Studie an der Grenze zur Armutgefährdung, sagte Evelyn Zupke, Bundesbeauftragte für die SED-Opfer, im Dlf. Während ihrer einjährigen Amtszeit habe sie mit vielen Opferverbänden sowie mit einzelnen Betroffenen gesprochen. Die gesundheitliche Lage einiger Betroffener nannte Zupke „dramatisch“. Die deutliche Mehrheit habe zudem Probleme bei der Anerkennung ihrer gesundheitlichen Folgeschäden etwa durch Haft und Zwangsarbeit.


Zupke fordert deshalb ein Verfahren für SED-Opfer analog zur Anerkennung von posttraumatischen Belastungsstörungen bei Soldaten nach Auslandseinsätzen. Ihrer Ansicht nach sollte eine Schädigung von 30 Prozent anerkannt werden, damit die Menschen Zugang zu entsprechenden Rentenleistungen bekämen.

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur sei aus verschiedenen Gründen keine ostdeutsche Aufgabe, sondern eine gesamtdeutsche, betonte Zupke. In den Haftanstalten, Jugendwerkhöfen und Spezialkinderheimen mussten die Inhaftierten Zwangsarbeit leisten. „Viele dieser Dinge, die dort hergestellt wurden oder gemacht wurden, waren eben auch für westdeutsche Firmen. Und diese Firmen, die möchte ich gerne in die Verantwortung nehmen.“ Zupkes Idee: Ein Fonds, in den die Unternehmen einzahlen und der den von Zwangsarbeit Betroffenen zugute kommt. Bislang

habe sich nur das Möbelhaus IKEA zu einer Entschädigungszahlung bereiterklärt: „Ikea steht in den Startlöchern“, sagte Zupke. Der Konzern fordere aber, dass sich auch andere Profiteure von Zwangsarbeit an dem Fonds beteiligten. Dabei geht es beispielsweise um Quelle, Otto, Aldi, C&A, Woolworth und Siemens.

Zupke kritisierte zudem die Verzögerungen beim Bau des Mahnmals für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft. Bereits 2015 hatte der Bundestag die Bundesregierung zur Errichtung eines solchen Mahnmals in Berlin aufgefordert. Die Grundsteinlegung solle möglichst am 17. Juni 2023 stattfinden, so Zupke, dem 70. Jahrestag des Volksaufstands in der DDR. Das sei die Gesellschaft auch den Opfern schuldig, sagte Zupke.

Evelyn Zupke im Gespräch mit Claudia van Laak | 19.06.2022, Quelle: deutschlandfunk.de

Das Interview im Wortlaut: <https://www.deutschlandfunk.de/bundesbeauftragte-sed-opfer-zwangsarbeit-100.html> 

## Erhöhung der Einkommensrichtwerte bei Bedürftigkeit

Leistungen der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge, Bonn

Für diejenigen Antragsteller, die in Abhängigkeit von Ihrer wirtschaftlichen Bedürftigkeit Leistungen der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn beziehen können, haben sich seit dem 01.07.2022 die Zugangskriterien dafür verbessert. Die Anhebung der Einkommensrichtlinien soll vor allem den zum 01.07.2022 nicht unerheblichen Rentensteigerungen Rechnung tragen, die möglicherweise zum Verlust der bisherigen Leistungen führen könnten.

Von einer besonderen wirtschaftlichen Beeinträchtigung ist unter anderem auszugehen, wenn der Antragsteller nach Abzug von Miete, einschließlich der Mietnebenkosten bzw. der monatlichen Aufwendungen für ein Eigenheim die Einkommensrichtwerte als Alleinstehender von 1300 €, als Bedarfsgemeinschaft von zwei Personen von 1780 € und als Zuschlag für jede weitere Person in der Bedarfsgemeinschaft von 590 € grundsätzlich nicht überschreitet. Das heißt als Vergleichsgröße wird abgestellt auf das dem Antragsteller monatlich zur Verfügung stehende Netto-Einkommen.

– Mietkosten sind bis zu einem Wert von 450 € nicht nachzuweisen und bei vorliegendem Nachweis werden sie maximal bis zu einer Höhe von 800 € berücksichtigt. Gleiches Prozedere gilt bei Wohneigentum in Form eines pauschalisierten Aufwendungsersatzes.

– In Abzug gebracht wird u. a. weiterhin eine Versicherungspauschale in Höhe von 40 €, es sei denn es werden höhere Beiträge nachgewiesen (Sozialversicherungen, vergleichbare Privatversicherungen, Sterbegeld, KFZ-Versicherung – nur bei Schwerbehinderten – sowie Unfall-, Rechtsschutz-, Hausrat- und Privathaftpflichtversicherung), nachweislich gezahlte Unterhaltsleistungen, gesetzliche Grundrente bei rechtlichen Verpflichtungen.

Es wird ausdrücklich noch einmal darauf hingewiesen, dass die nächsten Angehörigen (dazu gehören Kinder, Eltern, Ehegatten) von ehemaligen politischen Häftlingen, die nach der Haft im Verlaufe

der Zeit verstorben sind, die Unterstützungsleistungen der Stiftung unbedingt in Anspruch nehmen sollten. Die Voraussetzung dafür ist allerdings, dass der Antragsteller durch den Gewahrsam des Verstorbenen „nicht unerheblich unmittelbar mitbetroffen“ war. Unmittelbar mitbetroffen können in der Regel nur der Ehegatte sein, dessen Ehe mit dem Verstorbenen zum Zeitpunkt des Gewahrsams bereits geschlossen war, und nur die Kinder, die zum Zeitpunkt des Gewahrsams bereits geboren waren.

Eine weitere gute Nachricht ist, dass seitens der Stiftung Anhebungen der bisherigen Leistungen zur Kompensation der erhöhten Lebenshaltungskosten, wie der steigenden Preise besonders für Gas, Strom und Heizung zeitnah geplant sind.

Nähere Informationen und Anträge in unserer Geschäftsstelle unter Telefon (030) 55152858.

Elke Weise, Juristin  
BSV - Förderverein für Beratungen

# Erste Erfahrungen mit dem Anerkennungsverfahren zur Anerkennung kirchlichen Unrechts zu DDR-Zeiten der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands

Ein persönlicher Bericht von Dr. Christian Sachse

Wer das Verfahren zur Anerkennung kirchlichen Unrechts zu DDR-Zeiten der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands nutzen will, sollte seine Erwartungen auf einen nicht allzu hohen Pegel einstellen. Der Verfasser dieser Zeilen hat am 4. Juni 2022 einen 3-seitigen formlosen Antrag an den Anerkennungsausschuss eingereicht. Der Antrag enthielt eine Liste von kirchlichen Unrechtserfahrungen, die der Verfasser geklärt wissen wollte. Dazu sollten Akteneinsichten des Verfassers in die entsprechenden kirchlichen Unterlagen beitragen. Trotz mehrfacher Nachfragen wollten sich die Ausschussmitglieder zu dieser Frage nicht äußern. Stattdessen forderten sie, um das Verfahren überhaupt beginnen zu können eine Erlaubnis auf Einsicht in die Personalakte und die Stasi-Unterlagen des Antragstellers als zwingende Voraussetzung, das Verfahren überhaupt zu beginnen. Damit muss man mit folgender Konstellation rechnen: Der Antragsteller stellt seine Akten zur Verfügung, während kirchliche Gremien nichts offenlegen müssen. Wer in diesem Zusammenhang auf das Menschenrecht zur informationellen Selbstbestimmung hofft, sollte sich auf eine Enttäuschung

gefasst machen. Kirchliche Archive sind für viele Fragestellungen inzwischen sehr offen. Der Anerkennungsausschuss mag sich nicht einmal dazu äußern.

Die zweite Erfahrung: Eine Regelung vorethaltener Pensionsansprüche darf man vom Ausschuss nicht erwarten – allenfalls eine Art Minimal-Aussage. Wörtlich heißt es in einer Mail des Geschäftsführers, Christian Dietrich, vom 20. Juni 2022 an den Autor: „Wenn es um Ansprüche (Renten- bzw. Pensionsansprüche) geht, solltest Du Dir einen Anwalt nehmen. Der Anerkennungsausschuss kann diese konstatieren, doch wo ein Anspruch vorliegt, sollt er durchgesetzt werden.“

Diese beiden Erfahrungen – die nicht zugesagte Einsicht in die kirchlichen Akten sowie die Ausklammerung von Renten- und Pensionsansprüchen – haben meine Motivation sehr herabgesetzt, das Verfahren fortzusetzen. Anscheinend ist es das alleinige Ziel des Verfahrens, wie der letzte Satz auf der Webseite besagt, „dass beide Seiten in dieser Angelegenheit auf rechtliche Auseinandersetzungen

verzichten.“ Ein bisschen wenig für einen Ausschuss, der ansonsten der Kirche die überhaupt mögliche historische Bestnote erteilt: „Die Kirchen haben während der SED-Diktatur einer staatlichen Vereinnahmung widerstanden.“ Da gibt es einen Zusammenhang: Der Widerstand gegen die Diktatur wurde zu nicht unerheblichen Teilen von denjenigen getragen, die in genau diesem Zusammenhang ihre Unrechtserfahrungen mit der Kirche machen mussten. Einen Dank sucht man in den Texten vergeblich.

Siehe: <https://www.ekmd.de/service/erkennung-ddr-unrecht/>

Den Antragstext stelle ich auf persönliche Anfrage gerne zur Verfügung  
cs@christian-sachse.de

Dr. Christian Sachse  
Wissenschaftlicher Berater  
Union der Opferverbände  
kommunistischer Gewaltherrschaft  
(UOKG) e.V.  
Tel.: 0178 1974 9 08  
Mail: cs@christian-sachse.de  
Info: www.uokg.de  
www.christian-sachse.de

## Ehrliche Aufarbeitung?

Viele Nomenklaturkader der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, haben über die Partei „Die Linke“ wieder den Weg zu den Schalthebeln der Macht gefunden, vor allem in den Landtagen und im Deutschen Bundestag. Einige gingen aber den Weg über die Mitgliedschaft in der SPD. Dies ist besonders interessant, weil es doch immerhin die SPD war, die mit der KPD zur SED fusionierte.

Viele Sozialdemokraten, wie Hermann Kreutzer, widersetzten sich und wurden dafür politisch inhaftiert. Aber es gab auch SPD-Funktionäre wie Grotewohl, Fechner, Ebert, Buchwitz, Mückenberger und andere, die begeistert mit „fliegenden Fahnen“ der SED beitraten und sich dann sogar am Terror gegen die mutigen Menschen, die sich dieser Fusion widersetzen beteiligten.

Und es gibt sogar „Spätberufene SED-Genossen“, die im hohen Alter von 64 Jahren auf einmal SPD-Mitglied werden, so, wie Frank Ullrich vor einem Jahr, und der dadurch sogar sofort ein Bundestagsmandat erhielt.

Was für eine steile Karriere! In „Kürschner's Volkshandbuch“ des Deutschen Bundestages, spreizt sich der ehemalige NVA-Major mit seinen hohen DDR-Orden, doch seinen Dienstgrad in der Armee, die auf Befehl der SED hunderte Menschen an DDR-Grenzen erschoss, verschweigt er! Er verschweigt auch seine Mitgliedschaft in der SED.

Trotz dieser ALTLASTEN, die keine Bagatellen sind, wurde er zum Vorsitzenden des Sportausschusses des Deutschen Bundestages gewählt.

Das er im Leistungssport der SED-Diktatur tätig war, erwähnt er kurz und behauptet, er hätte nie etwas mit DOPING in der DDR zu tun gehabt. Allein sein NVA-Dienstgrad sollte schon reichen, um solche SED-Nomenklaturkader von der Macht zu trennen. Dass die SPD so einen SED-Nomenklaturkader als Kandidaten aufstellt, um gezielt einen CDU-Kandidaten zu verhindern, zeigt deutlich, die SPD hat kein Interesse an einer ehrlichen Aufarbeitung der sozialistischen SED-Diktatur und diskriminiert mit so einer Personalie die Verfolgten der SBZ-DDR. Der Sportausschuss des Deutschen Bundestages sollte dringend einen neuen Vorsitzenden bekommen und die SPD darüber nachdenken, wie ehrliche Aufarbeitung der sozialistischen SED-Diktatur aussieht.

Leserbrief: A.W.Bauersfeld

## Bessere Rehabilitierungsaussichten für DDR-Sportgeschädigte

Verwaltungsrechtliche Rehabilitierung für DDR-Sportler nach Mecklenburg-Vorpommern nun auch in Thüringen und Sachsen.

In der DDR sportgeschädigte Betroffene haben aufgrund aktueller Entscheidungen der zuständigen Behörden gute Aussichten auf eine verwaltungsrechtliche Rehabilitierung, wenn die zu rehabilitierende Maßnahme auf dem Gebiet der heutigen Länder Sachsen oder Thüringen stattgefunden hat. Zuvor hatte bereits im Dezember 2020 das Verwaltungsgericht Greifswald mit seinem Beschluss den Weg für Betroffene eröffnet, denen in der DDR auf dem Gebiet des heutigen Mecklenburg-Vorpommern Dopingmittel

verabreicht wurden mit fortwirkenden gesundheitlichen Folgen.

Anne Drescher, die Landesbeauftragte für MV für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, sagte: „Betroffenen möchte ich dringend empfehlen, sich bei der Antragstellung auf Rehabilitierung von den Landesbeauftragtenbehörden der jeweiligen Länder begleiten zu lassen. Insbesondere bei den für das Verfahren notwendigen Nachweisen und Begründungen sind die Kompetenzen und Erfahrungen in der Bürgerberatung der

Landesbeauftragten unerlässlich. Dies gilt auch für die nach erfolgreicher Rehabilitierung möglichen Verfahren des sozialen Entschädigungsrechts.“

Für Betroffene, deren Schädigung in der DDR auf den Gebieten von Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt erfolgte, stehen die grundsätzlichen Entscheidungen noch aus bzw. sind vor dem Verwaltungsgericht anhängig. Hilfreich für die Betroffenen ist dabei das am 26. April 2022 veröffentlichte Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags „Zwangsdoping in der DDR“. Auf Anregung der Landesbeauftragten hatten die Dienste neue Erkenntnisse berücksichtigt und sehen nun auch die Möglichkeit gegeben, dass Dopingopfer Rehabilitierungsansprüche ableiten könnten. Im Gutachten von 2010 war dies bezweifelt worden und wurde von Behörden und Gerichten als Argument für eine ablehnende Entscheidung herangezogen.

Nach erfolgreichen verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungen von ehemaligen DDR-Sportlern in MV haben nach positiven Entscheidungen nun auch in Sachsen und Thüringen Betroffene mit ihren Anträgen Aussicht auf Erfolg. Hilfreich dafür war aufgrund neuer Erkenntnisse ein auf Anregung der Landesbeauftragten aktualisiertes Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/898202/6e34e36968dcc90bb-5427352994f3a96/WD-7-026-22-pdf-data.pdf>



Arzneimittel, die Sportlerinnen und Sportlern in der DDR als "unterstützende Mittel" verabreicht wurden.

## Generationswechsel im Roten Ochsen Halle / Saale

Am dem 01. Juli 2022 übernahm Niklas Poppe (30) das Zepter von Dr. André Gursky.

**Sie tragen einen sehr prominenten Namen. In welchem Verhältnis stehen Sie zur Bürgerrechtlerin Ulrike Poppe?**

Ich kenne Ulrike gut. Sie ist Teil der Familie, auch wenn ich nicht direkt mit ihr verwandt bin.

**Die DDR haben Sie persönlich nicht mehr kennengelernt. Was war jedoch Ihre Motivation sich in der Gedenkstätte Roter Ochse in Halle/Saale zu bewerben?**

Mir ist die Gedenkstätte über Jahre hinweg bekannt, schließlich habe ich in Halle Geschichte studiert. Zudem habe ich

während des Studiums und in der kurzen Zeit danach stets im Bereich Geschichtsvermittlung gearbeitet, auch immer mal wieder im Roten Ochsen. Allgemein finde ich diese Tätigkeit sehr interessant, trotz aller leidvollen Geschichten, die mit Gedenkorten wie dem Roten Ochsen in Verbindung stehen. Vor allem aber empfinde ich die Arbeit als sinnstiftend. Gerade mit jungen Menschen über die Konsequenzen einer Diktatur im Leben des Einzelnen ins Gespräch zu kommen, bleibt wichtig und dafür bietet eine Gedenkstätte wie der Rote Ochse beste Voraussetzungen.

**Ihr Vorgänger Dr. Gursky hatte gemeinsam mit Herrn Viebig die Gedenkstätte erfolgreich aufgebaut.**

**Wie ordnen Sie das Konzept und die Präsentation der Staatssicherheit ein, für das Sie nun verantwortlich sind?**

Ich denke, die Ausstellung hat sich über Jahre hinweg bewährt, ich habe sie mir immer gern angeschaut. Aber seit 2006 sind einige Jahre vergangen und viele neue Informationen erschlossen worden. Perspektivisch wird es also in nicht allzu ferner Zukunft eine neue Dauerausstellung geben, deren Erarbeitung natürlich nicht allein im Bereich MfS neue Gestaltungsmöglichkeiten bietet, sondern auch im Bereich der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, deren furchtbare Konsequenzen an diesem Ort gleichermaßen präsent sind.

**Vor vielen Jahren hatten sich die ehemalige Mitarbeiter der Staatssicherheit der DDR gewehrt, dass ihre persönlichen Personal-Karteikarten in der Ausstellung öffentlichen Zugang finden. Den Prozess haben die Mitarbeiter verloren. Wie wichtig ist es, dass diese Karteikarten heute öffentlich bleiben?**

Für die ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeiter der Abteilung IX wurde die Frage vor Jahren juristisch klar beantwortet. Gerade die hochprofessionelle Ausbildung dieser Verhör- und Untersuchungsabteilung ist über die Werdegänge der ehemaligen Mitarbeiter gut nachvollziehbar. Es kommt nicht selten dazu, dass ehemals hier Inhaftierte, die Interesse daran haben, sich die ehemalige MfS-Untersuchungshaftanstalt anzuschauen, Fragen zu ihrem einstigen Verhöroffizier stellen. Allein dafür lohnt es sich, diese Dinge transparent zu halten. Aber auch im Bereich der Vermittlung ist es wichtig, Akteure klar benennen zu können. Sowohl Opfer als auch, wie in diesem Fall, Täter. Sorgen, das haben schon die IM-Enthüllungen Anfang der 90er gezeigt, müssen sie sich zudem nicht machen. Und anders als bei den IM, wo es immer wieder - wenn auch eher selten - Fälle von Menschen gibt, die unter massiven Druck standen oder absichtlich die Stasi täuschten, gibt es bei der Abteilung IX keine Graustufen. Hier ist ganz klar, dass wirklich jeder sich bewusst für eine Karriere als hochrangiger Stasimitarbeiter entschieden hat. Ich empfinde ihre Kenntlichmachung also als völlig legitim.

Als problematisch wurde aber vor allem der Ort der Darstellung empfunden. Man sah sich mit Nazitätern, die auf einer anderen Etage dokumentiert sind, auf eine Ebene gesetzt. Dazu lässt sich nur sagen, dass es Teil unserer Arbeit hier ist, deutlich zu machen, dass sich die NS-Herrschaft und die SED-Diktatur nicht gleichsetzen lassen. Wichtig ist, dass das gerade bei jungen Menschen nicht schwimmt. Und das ist, nach meinem Empfinden, an diesem Gedenkort stets präsent und gut erkennbar. Insofern halte ich diesen damaligen Einwand für ein Scheinargument.

**Sie sind seit dem 1. Juli 2022 für den Bereich von 1945–1989/90 verantwortlich. Was planen Sie für die Zukunft?**

Ich bin seit knappen drei Wochen hier. Momentan ist es noch so, dass ich mir einen Überblick über die Arbeiten von Herrn Dr. Gursky mache, der seit 1995 in

der Gedenkstätte tätig war. Was gibt es schon und wo sind noch neue Möglichkeiten? Das nimmt einiges an Zeit in Anspruch. Ideen gibt es aber schon einige. Zur Umsetzung kommt es jetzt peu à peu. Wichtig für mich persönlich ist, dass Gedenken nicht als bloßes Ritual und Inhalte der historisch-politischen Bildungsarbeit nicht als abgeschlossen gelten, sondern Raum für Reflexion im hier und jetzt ermöglichen. Das heißt dann zwangsläufig, flexibel auf veränderte Gewohnheiten in der Gesellschaft einzugehen und auch zu überlegen, wie stelle ich Inhalte neu dar und welche neuen Themen ergeben sich aus aktuellen gesellschaftlichen Diskursen? Solche Fragen insbesondere in die Bildungsarbeit zu integrieren, die sich vor allem an ein junges Publikum wendet, scheint mir besonders wichtig zu sein.

**Über die Zeitzeugen gibt es sehr viel Material. Planen Sie eventuell auch einige ehemaligen Mitarbeiter der Staatssicherheit zu interviewen um deren Sichtweise zu dokumentieren oder ist dies überflüssig?**

Überflüssig ist es keinesfalls, sofern denn Interesse an Gesprächen besteht, muss man das ins Auge fassen. Da gibt es mehrere interessante Aspekte, über die man reden könnte. Vor allem der soziale Hintergrund ist etwas, was mich persönlich interessieren würde.

**Das eigentliche U-Haftgebäude der Stasi gehört momentan dem Innenministerium Sachsen-Anhalt. Für 2025 ist geplant, dass auch dieses Gebäude Teil der Gedenkstätte wird. Wie hoch wird das Budget für den Rückbau sein und für wann ist die Eröffnung geplant? Werden für den Rückbau auch die Zeitzeugen involviert werden?**

Darüber kann ich, gerade in Anbetracht meines jüngsten Einstiegs als Mitarbeiter der Gedenkstätte, noch nichts sagen. Ich denke aber, dass da momentan ohnehin noch nichts spruchreif ist.

Vielen Dank für das interessante Gespräch. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg und Kreativität bei der verantwortungsvollen Aufgabe.

Michael Teupel

**Über die Einrichtung:** Die 1842 eröffnete Strafanstalt Halle diente der NS-Justiz zur Vollstreckung hoher Haftstrafen an männlichen Gefangenen, darunter zahlreichen aus politischen Gründen verurteilten



Foto: Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

Herr Poppe – Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

Deutschen sowie Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern. Von Herbst 1942 bis Kriegsende wurden zudem hier Todesurteile gegen insgesamt 549 Menschen aus 15 Ländern Europas und aus Tunesien vollstreckt. Der Befreiung der Insassen durch amerikanische Truppen im April 1945 folgte ab Sommer desselben Jahres eine mehrjährige Verwendung der Anstalt durch die sowjetische Besatzungsmacht, die ihre Rechtsauffassung mit Hilfe von Militärtribunalen und Deportationen in Speziallager durchsetzte. Von 1950 bis 1989 nutzte das Ministerium für Staatssicherheit der DDR einen Teil der Gebäude als Untersuchungsanstalt, andere Haftbereiche dienten dem Strafvollzug, seit 1954 insbesondere als Einrichtung für Frauen.

Die 1996 eröffnete Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) ist im ehemaligen Hinrichtungsgebäude der NS-Justiz untergebracht, das vom MfS zum Vernehmergebäude umgebaut wurde. Sie widmet ihre Dauerausstellungen sowie die damit verbundenen Forschungen und pädagogischen Projekte den Opfern politisch motivierter Justiz der Jahre 1933 bis 1945 und 1945 bis 1989.

**Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)**

Am Kirchtor 20b, 06108 Halle (Saale)

**Öffnungszeiten:**

**Montag und Freitag**

10:00 bis 14:00 Uhr

**Dienstag bis Donnerstag**

10:00 bis 16:00 Uhr

**Jedes erste Wochenende im Monat (Samstag und Sonntag)**

13:00 bis 17:00 Uhr



# Das Treffen in Jena oder Von Paris ins Paradies verlegt

Eigentlich sollte das Wiedersehenstreffen ja unter dem Eiffelturm stattfinden - in den 80ern, als in Jena die Parole ausgegeben wurde, sich dort am 1. Mai zu versammeln. Es gab einen kleinen harten Kern, der in Paris auf die in alle Winde verwehten Freunde wartete. Dabei war immer Maria Diete, die die Idee eines Wiedersehens nie aufgab. 1975, nach einem brutalen Polizeüberfall auf die Gartenstraße 7 kam sie in Haft. Vorangegangen waren höfliche Eingaben mit Beschwerden über die Polizeigewalt an staatliche Stellen in Jena und Ostberlin, was sich die SED-Genossen nicht bieten ließen.

Einigen aus dem großen Bekanntenkreis war die Ausreise oder Flucht nur über die Gefängniszelle gelungen. Andere kamen nicht raus, aber die meisten wollten zunächst gar nicht weg, wenige hielten durch und beteiligten sich 1989 an der Entmachtung der roten Moskowiter, die natürlich lieber KGB-Putin als Gorbatschow zum Regierungschef gehabt hätten.

In Jena gab es das alles: Stasi-Haft nach Fluchtversuch, fast tödliche Verletzungen im Minengürtel des verlängerten „antifaschistischen Schutzwalls“, gewaltsame Abschiebung, jahrelanges Warten auf Genehmigung eines Ausreisetrags bis hin zur Ausbürgerung innerhalb weniger Stunden, aber auch glückliche Fluchthilfe.

## Was war Jena?

Was nun im Juni 2022 im Jenaer Paradiescafe stattfand, war aber nicht nur ein nachgeholtes großes Vertriebenentref-

fen. Begegneten sich manche über die Jahre bei Aufarbeitungsveranstaltungen, Umzügen, zur Musik, in Kneipenrunden oder auf Geburtstagsfeiern, Silvester- und Mauerdurchbruch-Parties so zuletzt leider zunehmend bei Beerdigungen.



Soundtrack meines Lebens - Thomas Grund - Selbstverlag 2022

Da trafen sie sich nun halt wieder, über 100 Personen, lagen sich in den Armen und herzten sich. Einige erkannten sich nicht gleich wieder, aber es gab Namensschilder. Maskierungen wurden gar nicht erst in Betracht gezogenen. „Nehmt Euch die Freiheit, sonst kommt sie nie!“, war immer schon ein Motto der Jenaer Szene. Infektionen gab es dennoch nicht. Das Wetter war ideal und so spielte sich die Wiederbegegnung hauptsächlich draußen an der Saale und nicht nur im Saale ab. Einige wären gerne zum Treffen gekommen, hatten aber

aus gesundheitlichen Gründen absagen müssen.

Rund 130 Monate politische Stasi-Haft waren hier versammelt und etwa 50 der beim Treffen Anwesenden schätzte die Stasi als so staatsgefährdend ein, dass sie sie mit Operativen Vorgängen überzog. So ist es kaum verwunderlich, dass nicht gerade wenige der Jenaer aufarbeitungspolitisch unterwegs waren und sind und dies häufig in gestaltender Position, ob in der BStU, als Landesbeauftragter, in Gedenkstätten wie Point Alpha und Berlin-Hohenschönhausen, der Jenaer Geschichtswerkstatt, der Robert-Havemann-Gesellschaft, der Stiftung Sächsische Gedenkstätten oder der Aufarbeitungszeitschrift „Horch und Guck“ und jetzt auch beim „Stacheldraht“.

Parteilpolitische Karrieren hingegen sucht man vergebens. Ein nicht unerheblicher Teil verstand sich, typisch für die in die Ostzone hineingeborenen Jahrgänge der 50er und 60er Jahre, damals eher als links. Mit den herrschenden Kommunisten und dem diktatorischen System war man zwar völlig überkreuz, suchte aber bis in die 70er Jahre hinein angestrengt nach dem „roten Stein der Weisen“, hörte Biermann, Pannach und Ton, Steine, Scherben, las Bahro, Canetti und Erich Fromm.

Es gab seit Mitte der 70er immer mehr quasi besetzte offene Wohnungen, die sich schon mal auf ein ganzes Hinterhaus oder fast ein ganzes Wohnhaus erstreckten. Der Polizeüberfall auf eine Verlobungsfeier in der Gartenstraße mit nachfolgenden Inhaftierungen politisierte die Szene 1975 nachhaltig. Die Unterschriftensammlung gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns in der Jungen Gemeinde Stadtmitte zog erneut Stasi-Verhöre und Verhaftungen und nun auch Abschiebungen nach sich. Dann der Tod des 23jährigen Matthias „Matz“ Domaschk bei der Stasi in Gera. Danach war die relative jugendliche Unbeschwertheit endgültig passé.

## Gedenken an Matthias „Matz“ Domaschk

Das Gedenken an Matz war ein weiterer wesentlicher Anlass für die Zusammenkunft im Jenaer Paradies. Er wäre nämlich 65 Jahre alt geworden an diesem 12. Juni. Die ehemalige Partnerin von Matthias, Renate Ellmenreich, würdigte ihn in ihrer Ansprache. Ihre gemeinsame Tochter und



Teilnehmer beim Treffen ehemaliger Jenaer Akteure der 70er Jahre

Foto: Robert-Havemann-Gesellschaft Frank Ebert

zwei Enkelkinder waren ebenfalls gekommen wie auch die Schwester von Matthias mit Familie. Am Ehrengrab von Matthias Domaschk auf dem Nordfriedhof wurden Blumen niedergelegt und eingepflanzt.

Derzeit arbeitet der Journalist Peter Wensierski an einer Biografie über Matthias Domaschk und befragt emsig Zeitzeugen. Auch er war beim Jenaer Treffen zugegen und zeigte unzählige Fotos aus dem damaligen Jenaer Jugendleben, die er aus öffentlichen und privaten Archiven zusammengetragen hat. Das kurze Programm wurde umrahmt von Jochen Wich, der zwei Stücke aus seinem Musiktheaterstück „Das verlorene Leben des Matthias D.“ vortrug.

Gedacht wurde zudem an rund 45 weitere Verstorbene aus dem Freundeskreis, unter ihnen Jürgen Fuchs, Thomas Auerbach, Peter Rösch und Walter Schilling.

### Erinnern bleibt wichtig

Es bleibt wichtig, das während der SED-Diktatur Widerfahrene wie auch das damalige Aufbegehren im Schulunterricht zu thematisieren. Freya Klier nannte das



Renate Ellmenreich

„Mein 11. Gebot: Du sollst dich erinnern!“ Hilfreich dafür sind die Archive, die Selbstzeugnisse widerständigen Verhaltens und Stasi-Akten sammeln und der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Ebenso die Geschichtswerkstatt Jena, die zuletzt für ein Zeitzeugenprojekt zur Friedensgemeinschaft Jena um Spenden bat.

Wir wissen noch, wie es war unter den Kommunisten mit Breschnew an der

Spitze. Jetzt haben wir die Putin-Potenzierung, aber die Sowjetrussen mussten immerhin 1994 aus Ostdeutschland abziehen. Das ist letztlich auch vielen der Jenaer zu verdanken, die politische Veränderungen angestoßen haben. Freiheit ist ohne Mut nicht zu erlangen. Das erfahren derzeit schmerzlich die um ihre Freiheit und ihr Land kämpfenden Ukrainer.

Gerold Hildebrand

## Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist in 46 Staaten Europas für 832 Grabstätten verantwortlich, auf denen 2,8 Mill. deutsche Kriegstote liegen.

Am 13. Juli 1990 erschien in einer Wochenzeitung der DDR ein Aufruf an die Hinterbliebenen der Häftlinge, die in den zehn Speziallagern der sowjetischen Besatzungsmacht zwischen 1945 und 1950 umgekommen waren.

Während der Regierungszeit von Michael Gorbatschow gelang es, in den Militär-Archiven die Todeslisten aus diesem Zeitraum zu kopieren. Es waren 122.671 Bürger in Lagern eingesperrt. Davon sind 42.889 Tote zu beklagen. Das größte Lager in der sowjetischen Besatzungszone bzw. in der DDR war das ehemalige Konzentrationslager Sachsenhausen bei Oranienburg. Nach diesem Zeitungsaufruf meldeten sich auch Einwohner der Gemeinde Schmachtenhagen bei Oranienburg. Mit Hilfe ihrer Angaben konnte eines von den drei Massengräbern des Speziallagers Sachsenhausen gefunden werden. 1992 wurden in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr und der

„Heereskundlichen-anthropologischen Forschungs- und Untersuchungsstelle Potsdam-Geltow“, umfangreiche Suchgrabungen durchgeführt, lokalisierte Massengräber geöffnet, untersucht und dokumentiert. Anschließend wurden sie zu würdigen Friedhöfen und Gedenkortern umgestaltet. Damals ergaben die Schätzungen, dass in diesem Massengrab etwa 3.000 Tote verscharrt wurden. In den nachfolgenden Jahren haben viele Angehörige der Toten in diesem Waldstück Gedenktafeln, Grabplatten oder auch Holzkreuze aufgestellt.

Durch Witterungseinflüsse sind über die Jahre einige Kreuze zerstört worden. Durch eine großzügige Spende von Mitgliedern des Vereins „Kindheit hinter Stacheldraht“ wurden jetzt in Absprache mit der Deutschen Kriegsgräberfürsorge einige Holzkreuze ersetzt. Eine Holzwerkstatt der Diakonie hatte im Querträger der 15 Kreuze das Wort „Unbekannt“ gefräst und mit schwarzer Farbe ausgefüllt. Man sollte davon ausgehen, dass diese neuen Kreuze für die dort ruhenden Kriegstoten weiter eine würdige Ruhestätte sein werden. So können Kriegsgräber stärker

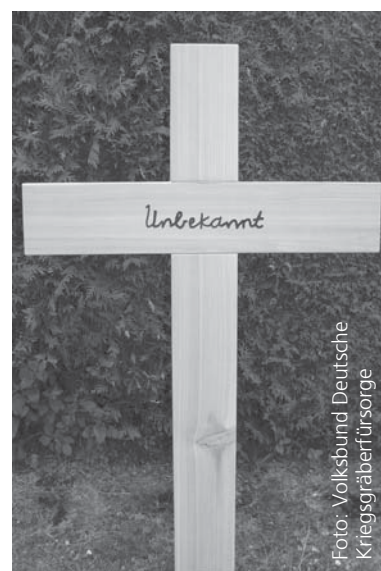


Foto: Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge

in das Bewusstsein der Besucher rücken, diese mit den Schrecken von Krieg und Gewaltherrschaft konfrontiert und zum Gedenken an die Opfer gemahnt werden. Somit hat sich die vierjährige Planung und exakte Ausführung durch drei Mitglieder der Familie Niesner gelohnt.

Katja Niesner, Niederhauser Str. 1,  
89264 Weissenhorn

## Letzte Adresse – Gedenktafel für Fritz Storch

Liebe Angehörige und Freunde der  
Lagergemeinschaft Workuta/GULag  
Sowjetunion,

am Freitag, den 08. Juli 2022, wurde für Fritz Storch (\*1899, Stettin/Pommern, †1951, Moskau) an seiner letzten Wohnanschrift in der Mengerzeile 8 in Berlin-Treptow eine Gedenktafel angebracht. Fritz Storch wurde am 27. Januar 1951 durch das MfS verhaftet, und nach Ablehnung des Gnadengesuchs wurde er am 04. Juli 1951 in Moskau erschossen und anschließend anonym auf dem Donskoje-Friedhof verscharrt. Die Angehörigen schwebten Jahrzehnte in großen Ängsten und konnten letztendlich nichts Konkretes über das Schicksal von Fritz Storch in Erfahrung bringen. Er war verheiratet und hatte zwei Töchter. Dank der Initiative des Bezirksbürgermeister Oliver Igel konnte mit Hilfe von Nikolai Ivanov und Mario Bandi (Stiftung „Letzte Adresse“) und Anke Giesen (Memorial Deutschland) die Gedenktafel „Letzte Adresse“ für Fritz Storch nun 71 Jahre nach seinem spurlosen Verschwinden und seiner Hinrichtung angebracht werden.

Fritz Storch ist somit der Vergessenheit entrissen, sein Name ist zurückgeholt worden. Die Gedenktafel für Fritz Storch ist die erste in Berlin, die vierte in Deutschland. Etwa 50 Personen waren bei dieser Gedenkveranstaltung anwesend, eine



Die Angehörigen des Fritz Storch (v.l.n.r.): Katja (Urenkelin), Jutta Jäger (Enkelin), die Tochter von Fritz Storch, Lina (Urenkelin) und Susanne (Enkelin)



Angehörige, Freunde und Unterstützer der Aktion „Letzte Adresse“



Die Enkelin von Fritz Storch, Frau Jutta Jäger. Neben Dieter Dombrowski, Vorsitzender der UOKG, der Bürgermeister von Treptow-Köpenick Oliver Igel

heterogene Gesellschaft: Anverwandte von Verfolgten, CDU-Parteimitglieder, Landes- und Bezirksmitarbeiter, Russische Emigranten, Ukrainische Flüchtlinge, Russlanddeutsche Familien, Treptower Bürger, zivilgesellschaftliche Erinnerungsaktivisten und ein evangelischer Pfarrer. Tom Sello (Berliner Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur), Oliver Igel (Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick und Initiator) und Dieter Dombrowski (Vorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft) sprachen die Grußworte. Die Enkeltochter von Fritz Storch Jutta Jäger hielt eine bewegende Rede, die mit ihrer Genehmigung auf der Webseite der Lagergemeinschaft Workuta Gulag Sowjetunion unter „Aktuelles“ abgedruckt ist.

Vor dem Hintergrund der russischen Kriegsverbrechen in der Ukraine bekommt diese Gedenkfeier noch eine ganz andere Tiefe. Die Brutalität der russischen Gewaltherrschaft auch mit dem Verschwin-

denlassen und Ermorden von Menschen geht weiter.

Stefan Krikowski  
Sprecher der Lagergemeinschaft  
Workuta / GULag Sowjetunion  
Mitglied in der Union der Opferverbände  
Kommunistischer Gewaltherrschaft  
(UOKG)  
Tel.: 030 / 78 71 48 18  
E-Mail: smkrikowski@web.de  
<https://www.workuta.de/aktuelles/index.html>

Dr. Anke Giesen  
Vorstandsmitglied von  
Memorial International  
(im Zwangsliquidationsprozess) und  
MEMORIAL Deutschland e. V.  
Haus der Demokratie und  
Menschenrechte  
Greifswalder Str. 4 | D-10405 Berlin  
anke.giesen@memorial.de | Tel. +49  
(0)160 97626346  
[www.memorial.de](http://www.memorial.de)

# Freistaat Bayern erinnert mit eigenem Gedenkakt an die Opfer von Flucht und Vertreibung

Ein beeindruckendes und farbenprächtiges Bild bot sich den rund 200 Gästen am 12. Juli im Kuppelsaal der Bayerischen Staatskanzlei anlässlich des Gedenkaktes für die Opfer von Flucht und Vertreibung. Die zahlreichen Fahnenabordnungen, die Böhmerwald Sing- und Volkstanzgruppe München, der Chor der Deutschen aus Russland aus Augsburg und eine Vielzahl von Trachtenträgerinnen und Trachtenträgern verliehen der Veranstaltung einen Rahmen, der seinesgleichen in Deutschland suchen dürfte. Besonders in die Augen fielen dabei eine festliche Abordnung ehemaliger Einwohner aus Sanktmartin im Banat und die starke Präsenz ober-schlesischer Trachten aus verschiedenen Kreisgruppen Bayerns.

Wegen Bauarbeiten konnte die traditionelle Kranzniederlegung diesmal nicht an der einschlägigen Gedenktafel im Treppenhaus der Staatskanzlei stattfinden. Stattdessen hatte man die prächtigen Blumengebinde der Staatsregierung, des Bayerischen Landtags und des BdV-Landesverbandes liebevoll vor das Rednerpult drapiert. Mit einem stillen Gedenken wurde die Feierstunde eingeleitet.

In seiner Funktion als stellvertretender Ministerpräsident freute sich Innenminister Joachim Herrmann über die große Teilnahme von Vertretern des Bayerischen Landtags, aus den Konsulaten und kommunalen Gebietskörperschaften. Auffällig bei den Kirchen war das Fehlen von Repräsentanten der Katholischen wie der Evangelischen Kirche, im Gegensatz zur Orthodoxie die auffällig stark vertreten war. Mit Erzbischof Dr. Mark Arndt war erstmals die russisch-orthodoxe Diözese beim Gedenken vertreten, die griechisch-orthodoxe Kirche zeigte durch Archimandrit Georgios Siomos und einen weiteren Geistlichen erneut ihre Verbundenheit.

Das Zusammenwirken von Staatsregierung und Landtag unterstrich ein kurzer Filmbeitrag, in dem die vertriebenenpolitischen Sprecher aller Landtagsfraktionen eingangs Grüße übermittelten und, in zum Teil sehr persönlichen Statements, zum Anlass der Zusammenkunft Stellung bezogen. Sie und weitere Abgeordnete hatten sich unter der Leitung von Landtagsvizepräsident Thomas Gehring unter die Gäste gemischt, zu denen auch die Beauftragte der Bayerischen Staatsre-

gierung für Aussiedler und Vertriebene, Sylvia Stierstorfer und BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius zählten.

In mitfühlenden und anerkennenden Worten würdigte Innenminister Joachim Herrmann die Leistung der rund drei Millionen deutschen Heimatvertriebenen beim Wiederaufbau Bayerns nach dem zweiten Weltkrieg. Deren Leistungswille, Mut und Schaffenskraft habe als maßgeblicher Teil „zur bayerischen Erfolgsgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg“ beigetragen.

**Herrmann wörtlich:** „Die rund drei Millionen Heimatvertriebenen, die durch Flucht und Vertreibung in den Freistaat gekommen sind, haben sich aktiv am Wiederaufbau der neuen Heimat beteiligt und beherzt mit angepackt sowie mit äußerster Disziplin und aus eigener Anstrengung heraus eine neue Existenz geschaffen.“

Als bemerkenswert würdigte der Staatsminister, dass dies „nicht in Abgrenzung, sondern im Miteinander mit der heimischen Bevölkerung geschehen sei. Nicht umsonst würde man von den Sudetendeutschen, die in Bayern den Großteil der Heimatvertriebenen ausmachten, neben den Altbayern, Schwaben und Franken als „vierter Stamm“ Bayerns sprechen. Rückblickend erscheine ihm die zügige soziale wie ökonomische Integration der ungeheuren Zahl an Flüchtlingen und Vertriebenen, die nur durch ihre enorme Anpassungs- und Leistungsbereitschaft möglich war, sogar als das eigentliche „Nachkriegswunder“. Trotz des Leids und des ungeheuren Verlusts, den die Vertriebenen erfahren mussten, hätten sie früh Versöhnung gesucht, menschliche Brücken in ihre alte Heimat gebaut und damit tiefe Gräben in den Köpfen und Herzen überwunden. So hätten Sie in ganz besonderer Weise den Glauben an die Völkerverständigung gestärkt und ein tragfähiges Fundament für Versöhnung und Neuanfang gelegt.

Als Gastgeber erinnerte er daran, dass die Zahl der Menschen, die derzeit weltweit vor Krieg, Konflikten und Verfolgung fliehen, einen traurigen Negativrekord erreicht habe. Er mahnte, aus der Geschichte zu lernen: „Vertreibung war, ist und bleibt ein gravierendes Unrecht. Jede Vertreibung, jede ethnische Säuberung

ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.“ Geschichte sei niemals nur etwas Vergangenes, sondern immer auch ein Wegweiser für die Zukunft. „Nur wenn wir aus dem Geschehenen die Lehren ziehen und aus den Fehlern der Vergangenheit lernen, können wir unsere Zukunft besser gestalten.“

An diesem Punkt setzte BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer an. Es sei höchste Zeit, dass die langjährige Forderung des Bundes der Vertriebenen nach einem international verankerten und strafbewehrten Vertreibungsverbot sowie nach einem menschenrechtlich bindenden Recht auf die Heimat endlich aufgegriffen und umgesetzt werde. Was die deutschen Heimatvertriebenen nach 1945 erleiden mussten, sei heute nur noch schwer nachzuvollziehen. Selbst die schrecklichen Bilder aus der Ukraine stünden für viele kaum noch in einem echten Bezug zu ihnen.

„Die Opfer von Flucht und Vertreibung, die sich vor allem aus Frauen, Müttern, Kindern und alten Menschen rekrutierten, hatten nach 1945 für die Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, alleine aufgrund der geographischen Lage die größte Zeche für alle Deutschen zu bezahlen“, so der BdV-Landesvorsitzende. Hass und Rache hätten sich nicht nur über die Landsleute in den deutschen Ostprovinzen, sondern auch über die Deutschen in Böhmen und Mähren, in Südosteuropa und vor allem in der Sowjetunion entladen. Dort seien die Landsleute bereits Anfang der 40er Jahre aus ihren Heimatgebieten, vor allem in die unwegsamen Gebiete hinter dem Ural oder nach Kasachstan und Usbekistan verschleppt worden. Alle, die zurückblieben oder zurückbleiben konnten, waren bis in die 80er Jahre vielfach Verdächtigungen und Diskriminierungen ausgesetzt. Den Gebrauch ihrer Muttersprache sei vielfach verboten gewesen, Berufslaufbahnen blieben oftmals für sie verschlossen.

In Deutschland angekommen, erwartete die rund 15 Millionen Heimatvertriebene nur wenig Solidarität oder gar psychologische Zuwendung. Vielfach wurde auch wenig über das Erlebte gesprochen. Knauer: „Wer wollte an das erfrorrene Kind, das man am Rand des Schienenstranges zurücklassen musste erinnert



werden? Wer wollte sich als vergewaltigt outen?“ Vielfach als „Habenichtse, Sau-preußen, Zigeuner“ tituiert, hätten sie ums tägliche Überleben gekämpft und in Barackenlagern, in Massenunterkünften, in ehemaligen Munitionsdepots, in Eisenbahnwaggons gehaust oder wurden in Bauernhöfe und Privatwohnungen eingewiesen. Das Erinnern an die zwei Millionen Menschen, die bei der Vertreibung ums Leben gekommen seien, bezeichnete er als „nationale Pflicht“. Gleiches gelte für die Aufbauleistungen der Heimatvertriebenen.

Dass sich Deutschland erst 2015 aufgemacht habe, an die Opfer von Flucht und Vertreibung ihrer eigenen Landsleute im Rahmen eines offiziellen Gedenktages zu erinnern, sei für die Betroffenen und deren Nachkommen nur schwer zu begreifen. Kaum verständlich sei es aber, dass dieses Gedenken schon nach sieben Jahren wieder zu verblassen scheine. Nicht nur er habe den Eindruck, dass dieses Gedenken „zu einem Pflichttermin ohne besondere Empathie“ verblasse. Diese

nachlassende Anteilnahme lasse sich unter anderem an der Form und am Zeitpunkt der Gedenkfeiern, dem Fernbleiben wichtiger Vertreter der gesellschaftlichen Institutionen und einer mangelnden Berichterstattung in den Medien ablesen. „Ein Gedenken oder Erinnern muss eine Herzensangelegenheit sein – sonst macht es wenig Sinn und wird den Betroffenen nicht gerecht. Darüber einmal innezuhalten und nachzudenken, würde auch vielen Verantwortlichen in den staatlichen Verwaltungen nicht schaden“, so der Landesvorsitzende.

Mit einem Dank an den Bayerischen Landtag und die Bayerische Staatsregierung würdigte der BdV-Sprecher die deutlichen Fortschritte beim Ausbau der Erinnerungskultur an die Deutschen im Osten. Mit dem Bau des Sudetendeutschen Museums, der Errichtung vier neuer Kulturstiftungen und der Ausweitung der Institutionellen Förderung für die Vertriebenen einrichtungen, seien wichtige Wegmarken gesetzt worden. Ein bundesweit einmaliges Projekt bringe man mit der

neuen Forschungsstelle „Kultur und Erinnerung. Heimatvertriebene und Aussiedler in Bayern 1945 – 2020“ an der Universität Regensburg derzeit auf den Weg.

Da man nicht wisse, wie die Welt in wenigen Wochen aussehe, appellierte der BdV-Landesvorsitzende zum dringend erforderlichen Zusammenhalt der Gesellschaft. Dies müsse sich in weniger Egoismus, mehr Gemeinsinn, mehr Engagieren und Eintreten für Demokratie und Rechtsstaat und darin zeigen, zu schätzen, dass man glücklich sein dürfe, „...in diesem unserem schönen Deutschland und unserer bayerischen Heimat zu leben“.

Mit einer Videobotschaft der Vertreterin der deutschen Minderheit in der Ukraine und Dankesworten der Beauftragten der Staatsregierung, Silvia Stiersdorfer, ging die gelungene Feierstunde mit einem Empfang zu Ende.

Stefanie Sander-Sawatzki,  
Landesgeschäftsführerin

## Am 12.07.2022 wurde Pavel Litvinov 82 Jahre alt

Litvinov gehörte zu jenen Akteuren, die 1968 auf dem Roten Platz in Moskau gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings „Für eure und unsere Freiheit“ protestierten. Im Jahr zuvor solidarisierte er sich mit den Opfern des Schriftsteller-Schauprozesses Andrei Sinjawski und Juli Daniel. Er las verbotene Literatur zum Gulag von Warlam Schalamow und Alexander Solschenizyn und zum Holodomor von Robert Conquest. Als die Schriftsteller Alexander Ginzburg und Juri Galanskow 1967 wegen ihrer Samisdat-Texten angeklagt wurden, veröffentlichten er am 11. Januar 1968 zusammen mit Larissa Bogoraz die Erklärung „An die Weltgemeinschaft“. Es war das erste Mal, das ein solches Schreiben nicht an die Machthaber in der Sowjetunion, sondern direkt an die Öffentlichkeit gerichtet wurde. Sie begründeten eine Samisdat-Bulletin (<https://chronicle-of-current-events.com/>).

Im August 1968 war Pavel Litvinov einer der Teilnehmer an der „Demonstration der 7“ auf dem Roten Platz gegen die sowjetische Invasion in der Tschechoslowakei. Ihr Banner hatte eine klare Botschaft: „Für Eure und unsere Freiheit“. Der KGB verhaftete die Demonstranten umgehend, schlug sie brutal und im Oktober 1968 fand ihr geheimer Prozess

statt. Hier wurde Pavel Litvinov zu fünf Jahren Verbannung in Sibirien verurteilt. 1974, kurz nach seiner Rückkehr aus der Verbannung, verließen er und seine Frau die Sowjetunion. Über Wien und Rom zogen sie in die USA. Von New York aus setzte er seine Veröffentlichungen zu den Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion fort. Er lehrte bis zu seiner Pensionierung 2006 Physik und Mathematik an der Hackley School in Tarrytown. Pavel Litvin gehört zu den großen Demokraten des 20. Jahrhunderts.

### **Am Tag nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine veröffentlichte er folgende Erklärung:**

„Die geliebte, heldenhafte und romantische Ukraine ist in meinen Gedanken und in meinem Herzen; sie hängt über dem Herzen eines 80-jährigen alten Mannes, genauso wie über der Niederlage und der Erschießung der ungarischen Protestführer durch einen 16-jährigen Schüler und über der Niederlage des tschechoslowakischen Frühlings durch einen 27-jährigen angehenden Physikprofessor im Jahr 1968. 1968 organisierte ich mit meinen Freunden und Gleichgesinnten eine kleine Demonstra-

tion gegen die sowjetische imperialistische Sache unter dem Motto „Für eure und unsere Freiheit“. Ich habe darüber bei dem russischen Schriftsteller und Emigranten in London Alexander Herzen gelesen. Er beschrieb ein Abendessen mit den polnischen Exilanten, auf das die polnischen und russischen Freiheitskämpfer anstießen. Es bedeutete eine einfache Wahrheit: Eine Nation kann nicht frei sein, wenn sie die Freiheit ihres kleineren Nachbarn gewaltsam unterdrückt.

Die russischen Zaren, die verschiedenen kommunistischen Führer, der 'götzendienerische' Putin erfinden geopolitische Bedrohungen und jede schamlose Lüge, um ihre brutale und sinnlose Gewalt zu rechtfertigen. Es gibt eine einfache und ewige Erklärung, die für naive Putinisten und angeheuerte Killer gleichermaßen unverständlich ist: Ein Imperium, egal wie es heißt, kann die Befreiung von einer autoritären Herrschaft, die sich auf russische Bajonette stützt, nicht dulden, weil sie mit allen Fasern ihres Lebens wissen, dass die Russen instinktiv auch nach dem Gleichen greifen werden. Wie das? Putin sagt: Diese Ukrainer, die nicht einmal ein Volk sind, wollen Europäer werden. Und wir können das nicht?

Nein, das passt nicht zu uns. Und das russische Volk, anstatt Putin zu verjagen, wie die Ukrainer Janukowitsch verjagt haben, geht für Putin in den Tod. Putin wird bald auf die eine oder andere Weise von selbst gehen, aber ob das russische Volk mit seiner Volkskultur innerhalb seiner Grenzen überleben wird, ist unklar. Es braucht vom Volk gewählte Machthaber, die sich für Frieden und Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und gleiche

Rechte für alle Einwohner einsetzen. Und wie leben die Menschen, die durch einen historischen Zufall Nachbarn eines imperialistischen Riesen sind. Vor vielen Jahren schrieb ich an die New York Times: Treten Sie der NATO bei und schlafen Sie gut. Die NATO hat sich in ihrer Charta verpflichtet, niemanden anzugreifen, sondern ihre Mitglieder zu schützen und potenziellen Kandidaten jede erdenkliche Hilfe anzubieten.“

Ein Hoch auf die Ukraine! – !Ruhm für die Helden!

Слава Україні, !Героям слава!

Pawel Litwinov

Christian Dietrich, Pfarrer und ehemaliger Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

## „SEELISCHE NARBEN“ im historischen Haus

Eine musikalische Buchlesung des Autors, Psychoanalytikers und Liedermachers Karl-Heinz Bomberg fand am 15.06.22 im Dachgeschoss des Hauses 1 im ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit statt. Die einstige Machtzentrale des DDR-Geheimdienstes dient heute der Aufarbeitung mit Organisationen und Museum. Das Stasimuseum und die UOKG fungierten als Träger der Veranstaltung.

Bomberg flankierte den Abend mit seinen Liedern am Anfang, in der Mitte und am Ende. Freiheit und Schönheit wurden besungen. Begleitet wurde er von Fred Symann am Klavier, der für zusätzliche musikalische Farbtupfer sorgte.

Stephan Hilsberg, Gründungsmitglied der SDP in der DDR und Mitglied des Deutschen Bundestages bis 2009, hielt eine Einführung zu Freiheit und Verantwortung. Im Kern ging es darum, dass die Betroffenen politischer Verfolgung Verantwortung für ihr Schicksal übernehmen und sich von den totalitären Objekten der DDR ablösen. Die Schuldigen sind zunächst beim Namen zu nennen. Das betrifft die Verantwortung eines diktatorischen Staates. Dann übernimmt jeder selbst Verantwortung für sich, um innere Freiheit zu erlangen.

In der Buchlesung stellte Bomberg sich zunächst selbst vor. Seine Verfolgungsgeschichte, dargelegt in seiner Stasiakte „OV Sänger“, die über ihn von 1979-1989 geführt wurde, ist die Grundlage für die Behandlungen. Analytische Traumatherapie kann helfen, sich von traumatischen Erlebnissen abzulösen und wieder Hoffnung zu finden. Bomberg, der mit regimekritischen Liedern wegen staatsfeindlicher Hetze selbst in Untersuchungshaft saß und nach 3 Monaten entlassen wurde, beschreibt seinen Be-

wältigungsprozess durch die psychoanalytische Ausbildung und die künstlerische Arbeit.

Als weiterer Protagonist zeigte sich der Maler Gino Kuhn, der als Westdeutscher wegen Fluchthilfe mit 20 Jahren zu 6 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurde und nach 2.5 Jahren frei kam. Er hatte früh begonnen, seine Erlebnisse in Bildern auszudrücken. Davon erzählen die Gemälde „Das Urteil“ und „Die Zelle“.

In der lebendigen Diskussion wurden ihm viele Fragen gestellt. Oft ging es um Trauer und Wut. Ein Teilnehmer interpretierte seine Lilafarben als Zeichen der Hoffnung in dunklen Zeiten. Die ausreichend gut besuchte Veranstaltung hätte nach 2 Stunden noch weiter gehen können. Vorletzter Beitrag waren Gedichte von Erika Josephine Kunz, die mit Poesie und Humor Schmerzhaftes symbolisieren. Sie ist mit Karl-Heinz Bomberg national und

international in Sachen Menschenrechte unterwegs. Es ist wichtig, über den Tellerrand zu gucken und eine internationale Einbindung zu finden. Vorträge an Universitäten in Deutschland, den USA, Tschechien, Japan und Bosnien-Herzegowina sind als Beispiele zu nennen.

Dank den Organisatoren, die durch Frau Dombrowski und Frau Kuhn am Abend vertreten waren, für diese gelungene Veranstaltung. Von Wolfgang Ninnemann und seinem Kollegen wurde ein Videomitschnitt angefertigt, der später auf Youtube zu sehen ist.

Karl-Heinz Bomberg

Literatur: Bomberg, Karl-Heinz: Seelische Narben. Freiheit und Verantwortung in den Biografien politisch Traumatisierter der DDR. Psychosozial-Verlag Gießen 2021.



# Eine Grenze mitten durch Deutschland – Ursachen und Folgen

„Die Mauer muss weg - Die Mauer muss weg - Die Mauer muss weg“. Das skandierten im Herbst 1989 Tausende Bürger der DDR auf zahlreichen Demonstrationen symbolisch für die Forderung nach Grenzöffnung. Sie hatten das Eingesperrtsein und Deutsche „zweiter Klasse“ zu sein endgültig satt.

Grenzen sind menschengemachte Bauwerke. Sie zielen auf Abgrenzung und sollen Schutz bieten gegen Ereignisse von außen. Berühmte historische Beispiele sind der römische Limes und die chinesische Mauer. In beiden Fällen suchte man Schutz vor unbefugtem Eindringen möglicher Gegner, vor räuberischen Überfällen und militärischen Okkupationsversuchen anderer Völker. Im Fall der Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR hatte die sogenannte Staatsgrenze jedoch eine ganz andere Funktion, nämlich das eigene Volk einzusperren, davon abzuhalten, das Land zu verlassen. Und diese Grenze besiegelte die Spaltung eines kulturellen, sprachlichen und geographischen Raumes. Was waren die Ursachen, welche Folgen hatte das?

Die Themen Flucht, Mauer und Ausreise wurden inzwischen vielfältig und intensiv erforscht. Hauptkontroversen waren in der historischen Forschung bisher Fragen nach dem Anteil der Sowjetunion am Bau der Mauer am 13. August 1961 sowie die Rolle der Flüchtlinge und Ausreisenden

nach dem Mauerbau im Kontext von Opposition und Widerstand für den Prozess der innenpolitischen Delegitimation der SED-Herrschaft.

Dass die Sowjetunion den Bau der Berliner Mauer absegnen musste, steht außer Frage. Doch wann genau kam Chruschtschow dem Drängen Ulbrichts nach, und wie liefen Vorbereitung und Durchführung tatsächlich ab? Wer hatte das Sagen? War es ein Coup Ulbrichts, wie gelegentlich in den Raum gestellt und von der SED damals selbst propagiert, oder war der Bau der Mauer doch „nur“ Teil der Deutschland- und Weltpolitik der Sowjetunion und von deren politischer wie militärischer Strategie bestimmt?

## Aspekte der Block-Konfrontation im Kalten Krieg

Zwei zentrale Aspekte bestimmten in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg bis Ende 1962 den politischen Konflikt der ehemals Alliierten: Die Aufteilung der Welt in Interessensphären im Rahmen der Durchsetzung der eigenen politischen und ideologischen Ziele bzw. die Verhinderung der Ausdehnung des Einflusses der jeweils anderen Seite. Die politische und militärische Lage in Zentraleuropa spielte dabei eine Schlüsselrolle. Das gesplante Deutschland und das seit Kriegsende unter gemeinsamer alliierter Verwaltung stehende Berlin waren

hierbei der Seismograph der politischen Großwetterlage. Versuche der Sowjetunion, die 1949 gegründete Bundesrepublik aus dem Bündnis mit den Westalliierten als Teil der NATO heraus zu brechen, scheiterten. Das inzwischen geteilte Berlin wurde zum Schauplatz der konkreten politischen Auseinandersetzungen der ehemals Alliierten. Die Berlin-Blockade der Sowjets 1948-1949 hatte bei den Westalliierten das Misstrauen gegenüber dem kommunistischen Expansionswillen quasi bestätigt und führte schließlich im Jahr 1949 zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland - und in direkter Folge zur Gründung der DDR. Die anhaltenden Versuche der ehemals Verbündeten, die jeweiligen Interessensphären in der Welt zu erweitern, mündeten zeitgleich 1950 in den Korea-Krieg, in dem beide Supermächte ihre jeweiligen Verbündeten logistisch und militärisch unterstützten. Dieser „Stellvertreterkrieg“ war nur ein Vorgeschmack auf weitere Kriege und wurde mit konventionellen Waffen ausgetragen. Im Hintergrund stand aber bereits die Drohung, atomare Waffen einsetzen zu können. Die USA und die westlichen Verbündeten, einschließlich der Bundesrepublik, setzten von da an bis zum Ende des Kalten Krieges auf die Strategie der militärischen Abschreckung. Parallel dazu entwickelte die SPD mit dem späteren Bundeskanzler Willi Brandt Ende der 50er Jahre das politische Prinzip vom Wandel durch Annäherung. Das hielt Chruschtschow 1958 jedoch nicht ab, ein Berlin-Ultimatum zu stellen. Er forderte darin die Umwandlung von Berlin (West) in eine so genannten „Freie Stadt“, die unabhängig von den Westalliierten und der Bundesrepublik als eigenständige Verwaltungseinheit zu betrachten sei. Die SED, die bereits in den Jahren zuvor mit ihrer massiven deutschlandpolitischen Propaganda gegen den Westen (Deutsche an einen Tisch) gescheitert war, unterstützte die Forderungen Chruschtschows, versprach sie sich doch davon in jedem Fall positive Ergebnisse für die Stabilität der DDR und die eigene Position. Im Falle, der Westen hätte nachgegeben, wäre Westberlin als „Front- und Agentenstadt“ von Ostberlin weitgehend abhängig geworden, womöglich einzuverleiben gewesen. Unabhängig davon und von einem möglichen Scheitern der Politik Chruschtschows strebte die SED-Führung ihrerseits gleichzeitig die endgültig-



Pferdestaffel der West-Berliner Polizei am Brandenburger Tor im August 1988

tige Abriegelung Westberlins an. Bereits 1952 hatte die DDR mit Zustimmung der sowjetischen Führung damit begonnen, den errichteten Teilstaat an der „grünen Grenze“ undurchlässig zu machen. Die Zwangsaussiedlungen in Grenzdörfern und den grenznahen Bereichen machten deutlich, dass eine Abgrenzung zur Bundesrepublik mit Gewalt durchgesetzt werden sollte. Ein wichtiger Grund dafür war aber auch die innerdeutsche Systemkonkurrenz. Hunderttausende flohen in den Jahren zuvor bereits in die Bundesrepublik. Die DDR drohte auszubluten, wie es damals hieß. Besonders junge und gut qualifizierte Menschen suchten ihr Heil vor dem Eisernen Vorhang. Denn schon frühzeitig, spätestens jedoch mit der Gründung der DDR, war deutlich geworden, dass die stalinistische Nachfolgeparteiendiktatur ihren Repressionsapparat gegen jedes „Element“ richtete, das nicht auf „Parteilinie“ war. Und ein solches „Element“ konnte quasi jeder sein. Es konnte alle treffen, nur nicht jeden.

### Die Lage in Berlin vor dem Mauerbau

In der geteilten Stadt Berlin hatte sich parallel zur politischen Großwetterlage die politische Lage weiter zugespitzt. Das „Schlupfloch“ Westberlin war für DDR-Bürger trotz polizeilicher Sicherungsmaßnahmen auf Bahnhöfen und Straßen über Grenzübergangsstellen weiterhin erreichbar. Eine besondere Rolle spielte hierbei die S-Bahn. Viele nutzten diesen Zugang nach Westberlin und flohen. Neben der politischen Unfreiheit hatte sich schnell gezeigt, dass die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Versprechen des SED-Regimes kaum einzuhalten waren. Das „Wirtschaftswunder“ im Westen sorgte zugleich für einen Sogeffekt auf die Abwanderung vieler Ostdeutscher, und im Westen bestand ein enorm angewachsener Arbeitskräftebedarf. Für die politische Führung in der DDR war diese „Abwerbung“ mehr als ein deutliches Signal, sich vom Einfluss des Westens abzugrenzen. Schuld an der Misere in der DDR waren aber nicht nur die Durchsetzung der politischen Diktatur und das Unvermögen der führenden Partei insgesamt. Schuld war auch nicht allein der zum Scheitern verurteilte Wirtschaftskurs von Walter Ulbricht in der Schwer- und Metallindustrie, denn der propagierte Aufbauwille hatte in den fünfziger Jahren durchaus auch positive Auswirkungen auf die Wirtschaftskraft der DDR. Eine kaum zu unterschätzende Last waren die umfassenden und andauernden Re-

parationsleistungen an die Sowjetunion. Während die Bundesrepublik vom amerikanischen Marshall-Plan profitierte - die sowjetische wie die SED-Führung hatten eine Erweiterung des Marshall-Plans auf das Gebiet der DDR abgelehnt - und ihre Wirtschaft in Gang kam, blutete die DDR bei gleichzeitig verfehlter Wirtschaftspolitik menschlich und wirtschaftlich aus. Dass die Menschen der DDR da oft nur mit Gewalt zurückgehalten werden konnten, scheint nur konsequent. Der damit verbundene, zum Teil offene Terror gegen die eigene Bevölkerung erschütterte das sowieso eher geringe Vertrauen in die kommunistische Führung, die ihre Legitimation zur Herrschaft letztlich nur mit Gewalt durchsetzen konnte.

### Unmittelbare Gründe für den Bau der Mauer

Walter Ulbricht bemühte sich bereits seit Anfang der 50er Jahre und nach dem Scheitern der eigenen Deutschlandpolitik immer intensiver, die sowjetische Führung auf die wachsenden Probleme aufmerksam zu machen, jedoch nur mit wenig Erfolg. Neben der Abriegelung der Grenze zu Westberlin sollten vor allem die wirtschaftlichen Folgen der Abwanderung aus der DDR eingedämmt werden. Denn tatsächlich wurde der Wirtschaft der jungen DDR dadurch ein substantieller Teil an gut ausgebildeten und zumeist jungen Arbeitskräften entzogen.

Chruschtschow dachte jedoch bis zum Scheitern des Berlin-Ultimatums 1958 nicht wirklich daran, den sich verstärkenden Forderungen der SED-Führung nach Abriegelung der gesamten Grenze nachzugeben. Die eigenen politischen Interessen der Sowjetunion gaben vor, die Bundesrepublik und vor allem Westberlin dem westalliierten Bündnis zu entreißen. Ziel war es, Deutschland als politisch neutrale Konföderation zwischen dem Westen und der sowjetischen Einflussosphäre, zu der unbedingt Polen gehörte, zu etablieren und das politische Einflussgebiet der Westalliierten in Westberlin und damit in Ost-Europa und der DDR insgesamt zu verringern. Chruschtschow forderte deshalb 1958 den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte „freie Stadt“, was den Abzug der Westalliierten bedeutet hätte. Nach wie vor herrschte „nur“ Waffenstillstand zwischen den Alliierten und dem Deutschen Reich. Chruschtschow blendete dabei völlig aus, dass sich durch die Gründung der beiden deutschen Staaten 1949

inzwischen eine völlig neue politische Situation ergeben hatte. Er drohte, wenn die Westalliierten nicht bereit seien, seinen Vorschlägen zu folgen, würde er mit der DDR einen separaten Friedensvertrag abschließen, was de facto die Anerkennung der DDR bedeutete. Vor allem die USA und Frankreich, die sich ihrerseits als Schutzmacht des westdeutschen Staates und Westberlins sahen, lehnten mit Rücksicht auf ihren neuen Verbündeten, die Bundesrepublik, die Vorschläge Chruschtschows entschieden ab. Konrad Adenauer, erster Bundeskanzler der Bundesrepublik, der zugleich ein tiefes persönliches Misstrauen gegen den Kommunismus hegte, war den Amerikanern Garant für die Verhinderung des kommunistischen Einflusses in der Bundesrepublik. „Die Bundesrepublik vertrat daher gegenüber anderen Staaten einen Alleinvertretungsanspruch für Deutschland. Diesen Grundsatz hatte der damalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Walter Hallstein, formuliert. Infolge dieser Hallstein-Doktrin drohte die Bundesregierung jedem Land den Abbruch der diplomatischen Beziehungen an, das mit der DDR Botschafter austauschte. Bis 1966 konnte die Bundesregierung mit der Hallstein-Doktrin eine internationale Aufwertung der DDR weitgehend verhindern.“ Gleichzeitig war die junge Bundesrepublik Bündnisstaat, den es zu sichern galt. Ein Zurückweichen oder gar die Annahme des Ultimatums war also ausgeschlossen: „[ ... ] lieber keine Wiedervereinigung als irgendeine Form der Wiedervereinigung, die auch die geringste Gefahr eines kommunistischen Einflusses im wiedervereinigten Deutschland mit sich bringen würde“.

### Zuspitzung der Lage 1961

1961 spitzte sich die Lage insofern zu, als dass in diesem Jahr die Flüchtlingszahlen erheblich anstiegen. Die SED-Führung musste schon deshalb eine „Lösung“ finden bzw. die Abriegelung der Grenze durchsetzen. Weder wirtschaftlich noch propagandistisch hatte es die SED-Führung geschafft, sich durchzusetzen. Im Gegenteil, die Versorgungslage spitzte sich zusehends zu. Lebensmittelkarten waren erst knapp zwei Jahre zuvor im Mai 1958 abgeschafft worden, was zugleich einen erheblichen Preisanstieg verursachte. In der Bundesrepublik Deutschland wurden die Lebensmittelkarten dagegen schon im Jahr 1950 abgeschafft. Ein weiteres Problem für die SED-Führung waren die arbeitenden Pendler vor allem zwischen Ost- und Westberlin. Viele Ostberliner waren im Westen der Stadt tä-



tig und erhielten ihren Lohn in Ost- und Westmark ausgezahlt. Auf dem Schwarzmarkt war die Westmark fünf Mal mehr wert als die DDR-Mark, was zu erheblichen wirtschaftlichen Verwerfungen führte. Umgekehrt musste die DDR für die für sie arbeitenden Angestellten in Westberlin Westgehalt zahlen, was beispielsweise für die S-Bahn Angestellten aus Westberlin zutraf. Die S-Bahn war ein Teil der Deutschen Reichsbahn, deren Rechtsnachfolge die DDR angetreten hatte. Die von der DDR betriebene S-Bahn beförderte also täglich Tausende „Klassenfeinde“ in Westberlin zu ihrer Arbeit und Ostberliner in den Westen zur Arbeit beim Klassenfeind. So konnte es nicht weiter gehen. Es musste etwas geschehen.

### **Der Anteil der Sowjetunion am Bau der Mauer am 13. August 1961**

Noch im November 1960 hatte Chruschtschow Ulbricht mit der Forderung nach Abriegelung der Grenze zu Westberlin abgewiesen. Im Januar und Juli 1961 standen wichtige Gespräche im Terminkalender von Chruschtschow, so mit dem amerikanischen Präsidenten Kennedy. Beide, Chruschtschow und Kennedy, wollten neben den Fragen der anhaltenden Rüstungspolitik und der inzwischen realen gegenseitigen atomaren Bedrohung auch über die „Berlin-Frage“ sprechen. Für Kennedy war die „Berlin-Frage“ Schlüssel zum gegenseitigen Verständnis. Chruschtschow beharrte dagegen auf der Umsetzung seiner 1958 vorgetragenen „Vorschläge“. Gleichzeitig arbeitete die DDR-Regierung beharrlich auf den „Tag X“ hin. Bereits im Januar 1961 erfolgten Überlegungen für die militärische Planung. Dazu sollten auch Kontakte zum Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland aufgenommen werden, mit dem in den folgenden Monaten immer wieder militärische Planungen besprochen wurden. Ende Februar 1961 entstand dann zusätzlich eine gesonderte Arbeitsgruppe aus Partei- und Staatsfunktionären, die politische und propagandistische Argumente sammelten für die Grenzschießung, aber auch erste Überlegungen zur Umsetzung der Grenzsicherung mit zivilen Mitteln anstellten, denn dafür wurden auch massenhaft Stacheldraht und militärisches Sperrmaterial gebraucht einschließlich der Baumaterialien.

Auf der Tagung des politisch beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten am 29. März 1961 gelang es Walter Ulbricht, Chruschtschow und die anderen Mitglieder des Ausschusses von

der Notwendigkeit der Grenzschießung zu überzeugen. Ulbricht erhielt hier die Erlaubnis, die bereits angelaufenen Planungen zur militärischen Abriegelung Westberlins weiterzuführen. Erst Ende Juni/Anfang Juli erreichte Ulbricht dann die konkrete Zusage von Chruschtschow, mit der Vorbereitung der Abriegelung der Sektorengrenze in Berlin zu beginnen. Damit hatte Ulbricht seine Sicht auf die politische Situation durchgesetzt, die Sowjetunion langfristig noch stärker als Schutzmacht für die Existenz der DDR zu binden. Die deutschlandpolitischen Ziele Chruschtschows, Westberlin aus dem politischen Kontext des Besatzungsstatus herauszuberechnen, waren dagegen weitgehend gescheitert vor dem Hintergrund der weltweiten Blockkonfrontation. Eine politische Einigung mit Kennedy wurde in den Gesprächen im Januar und im Juni 1961 nicht erreicht. Parallel dazu liefen die Planungen und Vorbereitungen der SED-Spitze zur endgültigen Separation der DDR, die für die nächsten Jahrzehnte den Status quo zwischen den beiden Machtblöcken besiegelte.

Das Scheitern der weltpolitischen Pläne Chruschtschows und insbesondere seiner Deutschlandpolitik war für die Sowjetunion Anlass, die eigenen militärischen Kräfte in der DDR weiter zu verstärken, die Bewaffnung zu verbessern und die Truppen mit weiteren modernen Kommunikationsmitteln auszustatten. Auch die DDR-Regierung begann nun mit der konkreten Vorbereitung der Grenzabriegelung. Befehle wurden erteilt, Kampf- und Polizeieinheiten in Stellung gebracht. Die NVA wurde Ende Juni in die direkte Umsetzung eingebunden. Unter strikter Wahrung der größtmöglichen Geheimhaltung wurden alle militärischen und zivilen Möglichkeiten in enger Zusammenarbeit mit der sowjetischen Botschaft und den führenden Generalen der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland erörtert. Wie eng diese Zusammenarbeit war, erforschte der Historiker Manfred Wilke. Er kam zu dem Schluss, dass die politische wie militärische Entscheidung für die Schließung der Grenze maßgeblich bei Chruschtschow lag. In einem Gespräch mit dem ehemaligen Generaloberst Mereschko wurde klargestellt, welche Rolle und Funktion die DDR-Regierung und ihre Organe zu erfüllen hatten: sie waren Befehlsempfänger. Die Annahme, der Bau der Mauer sei vor allem das „Verdienst“ von Walter Ulbricht gewesen, wird damit gerade gerückt, auch wenn das beharrliche Drängen Ulbrichts auf Abriegelung der Grenze um Westberlin gegenüber Chruschtschow letztlich Erfolg

hatte. Die Zustimmung Chruschtschows war ein abgerungener Erfolg vor dem Hintergrund des Scheiterns der sowjetischen Deutschland- und Weltpolitik. Als Befehlsempfänger von Moskaus Gnaden war die Existenz der DDR von der sowjetischen Weltpolitik grundlegend abhängig. Mit der Folge, dass die Menschen in der DDR und die Völker im sowjetischen Herrschaftsbereich insgesamt auf Grund weltpolitischer Herrschaftspläne einiger Weniger mit Mitteln der politischen Diktatur jahrzehntelang ein- und ausgesperrt wurden. Dies war aus Sicht der bestimmenden Diktatoren die einzige Möglichkeit, die Systemkonkurrenz mit dem Westen zu bestehen, denn die Flüchtlingsströme gefährdeten nicht nur die Existenz der DDR, sondern des gesamten Systems.

### **Fluchtbewegung und Mauerbau**

Der Fall der Mauer 1989 und die Wiedervereinigung 1990 sind ohne einen langfristigen Prozess der innenpolitischen Delegation der SED-Herrschaft nicht zu erklären. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Delegation war die Jahrzehnte anhaltende Flucht- und Ausreisebewegung. In Folge des Zweiten Weltkrieges wurden über 14 Millionen Deutsche durch Flucht und Vertreibung gezwungen, Ostmitteleuropa zu verlassen. Die größten Gruppen stellten neben den Schlesiern mit knapp 3,2 Millionen die Sudetendeutschen mit 2,9 Millionen. Hinzu kamen die Westpommern und die Ostpreußen mit 1,9 Millionen. Bis 1950 waren etwa acht Millionen Menschen in die Bundesrepublik weiter gezogen gezogen und knapp vier Millionen blieben in die DDR; circa 2,3 Millionen verloren auf der Flucht oder in Lagern ihr Leben. In umgekehrter Richtung, von West nach Ost, sollen zwischen 1950 und 1961 circa 400.000 Menschen in die DDR übergesiedelt sein, wobei ein Teil zuvor DDR-Flüchtlinge waren, die der Bundesrepublik erneut den Rücken gekehrt hatten. Die Gesamtzahl aller, die von 1945 bis 1990 die SBZ oder DDR verließen, wird insgesamt auf 4,6 Millionen Personen geschätzt. Zwischen 1949 und 1990 gelangten rund 3,9 Millionen Menschen durch Flucht, Anträge auf „Aberkennung der DDR-Staatsbürgerschaft“ oder durch Freikauf in den Westen. 1950 sollen in der DDR 18,39 Mio. Einwohner gelebt haben, 1989 waren es noch 16,64 Mio.

Die aufkommende Praxis der so genannten „Ausreisearträge“ setzte der Abgrenzungspolitik unter Walter Ulbricht, später auch unter Erich Honecker, immer wieder Grenzen. Die Abstimmung mit

den Füßen verdeutlichte der SED-Diktatur immer wieder die Schranken des eigenen Herrschaftsanspruches sowie der eigenen politischen Legitimation. Der „wissenschaftliche Sozialismus“ und die Vision vom Kommunismus scheiterten auch vor dem Hintergrund der Flucht- und Ausreisebewegung, die ein Teil der systemimmanenten Opposition war.

Die Zahl der Übersiedler und Flüchtlinge in die Bundesrepublik betrug zwischen 1961 und 1988 insgesamt 616.751 Personen einschließlich der freigekauften politischen Häftlinge. Im Jahr der Friedlichen Revolution kamen noch einmal 343.854 Menschen in die Bundesrepublik. Die innenpolitischen Folgen für die DDR waren nicht minder gravierend als vor dem Mauerbau 1961. Dem SED-Regime gelang es nicht, das kritische Potential der Ausreisewilligen einzudämmen, was auch den sogenannten „Rückverbindungen“ geschuldet war, also Ausgereisten, die nun zurückgebliebenen Freunden und Bekannten in der DDR von ihren zumeist positiven Möglichkeiten berichteten.

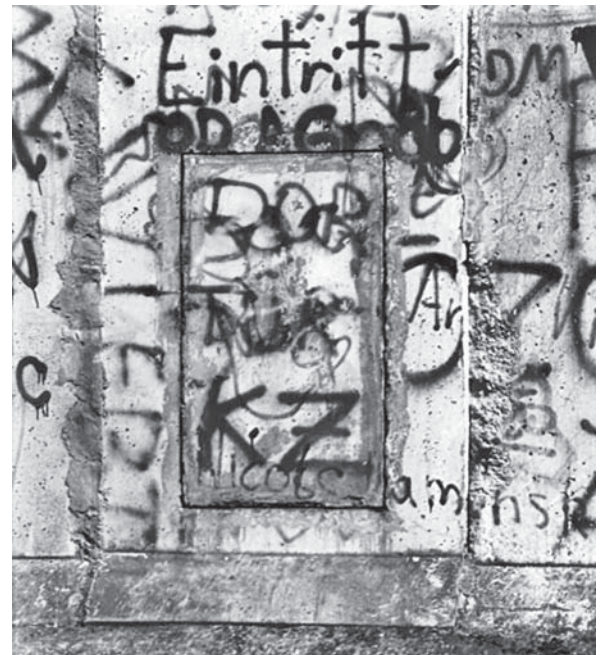
### Fazit

Die DDR-Führung, die ihrerseits stets bemüht war, Druck aus dem Kessel zu lassen, machte mit den politischen Häftlingen, den Ausgereisten ein finanzielles Geschäft und glaubte, die innenpolitische Lage durch den Abfluss der Ausreisewilligen zu stabilisieren. Sowohl der finan-

zielle Gewinn aus dem Menschen- und Ausreisehandel als auch die vermeintlich innenpolitische Stabilisierung verzögerten den Untergang der DDR, konnten ihn aber nicht aufhalten, wie wir heute wissen, weil am Ende alle aussteigen wollten aus dem verordneten Staatssozialismus, sogar ein Teil der SED-Elite selbst. Das ökonomisch schwer angeschlagene, politisch delegitimierte Regime brach 1989 in sich zusammen, weil es nicht reformierbar war. Die Flucht- und Ausreisebewegung in der DDR war von Anfang an zugleich Seismograph der politischen Delegitimation und Katalysator des Untergangs.

Ohne den Bau der Mauer 1961 und die Entscheidung Chruschtschows für den Bau der Mauer und somit für die DDR wäre der SED-Staat 1961 am Ende gewesen wie schon 1953. Ohne die Aufhebung der so genannten Breschnew-Doktrin durch Michael Gorbatschow im Jahr 1988, wodurch das Selbstbestimmungsrecht der Ostblock-Staaten wieder hergestellt wurde, wäre das Ende der kommunistischen Diktatur nach sowjetischem Vorbild nicht möglich gewesen und der Zusammenbruch vermutlich erst Jahre später gekommen. Gorbatschow hatte angesichts der eigenen riesigen Probleme in der Sowjetunion die Vorherrschaft über den Ostblock aufgegeben, um die Sowjetunion zu retten.

In der DDR machte jedenfalls der letzte „Ausgereiste“ am 03. Oktober 1990



Beide Fotos (S. 16, 19): Pietzsch

„Mauerdurchgang“ am Brandenburger Tor 1988. Durch diese „Mauerdurchlässe“ gelangten Grenzer der DDR auf den der Mauer vorgelagerten ca. 2–3 Meter breiten Gebietsstreifen, der noch zur DDR gehörte. „Grenzverletzer“ auf West-Berliner Seite konnten so quasi vor der Mauer meist überraschend oder aus Unkenntnis über das Territorium festgesetzt oder festgenommen werden.

das Licht aus. Und die Sowjetunion ging kaum ein Jahr später Ende 1991 sang- und klanglos unter. Ein neues Europa entstand mit ganz neuen Problemen und Aufgaben.

Dr. Henning Pietzsch,  
Erstveröffentlichung in „Gerbergasse 18“,  
Thüringer Vierteljahresschrift für  
Zeitgeschichte und Politik, Heft 61,  
2/2011, S. 3–11. Hier gekürzte Fassung.

chen. Wir danken allen für das zahlreiche Erscheinen trotz der brütenden Hitze.

Wurden die letzten Verbändetreffen der UOKG genutzt, um interessante Einzelprojekte des großangelegten „Wanka-Programmes“ vorzustellen, hatten bei diesem Treffen die Mitglieder der UOKG die Möglichkeit, die SED-Opferbeauftragte



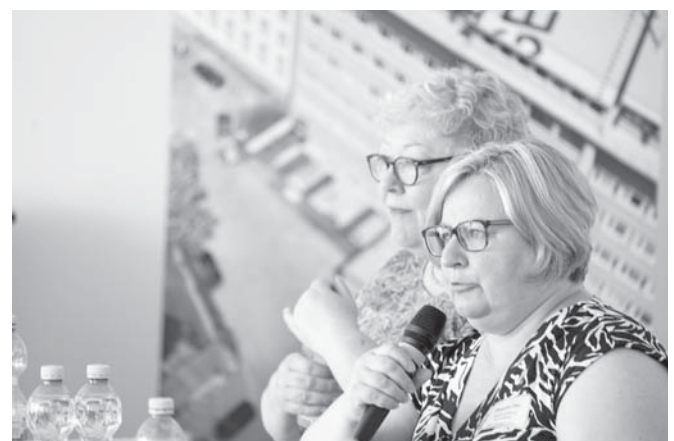
## Beisammensein – Das Verbändetreffen der UOKG e.V. im Juni 2022

Bei strahlendem Sonnenschein trafen sich die Verbände, Vereine und Initiativen der UOKG e.V. am Samstag, den 25. Juni 2022 wieder im Haus 1 auf dem Campus

für Demokratie, um sich über die Ereignisse der letzten sechs Monate auszutauschen und zukünftige Vorstellungen, Aufgaben und Vorgehensweisen zu bespre-



Verbändetreffen der UOKG e.V. im Haus 1



Alexandra Titze und Evelyn Zupke während der offenen Fragerunde



(v.l.n.r.): Antje Zumdick, Roland Braukmann, Dr. Michael Gleau, Sybille Krägel, Sandra Czech, Dr. Rita Lütke, Stefan Krikowski, Dieter Dombrowski, Elke Schlegel, Klaus Wolf, Frau Krikowski, Jörg Moll, Jürgen Sydow, Eckhard Koch, Alexander W. Bauersfeld, Theo Mittrup, Petra Dombrowski, Helfried Dietrich, Reinhard Klaus, Konstanze Helber, Sybille Dreher, Michael Schulz

Evelyn Zupke und die Vizepräsidentin des Bundesarchivs Alexandra Titze – wenn nicht schon geschehen – persönlich kennenzulernen.

So hatte die UOKG mit Frau Titze, zugleich Hausherrin im Haus 1, eine kompetente Ansprechpartnerin für den Transformationsprozess der BStU ins Bundesarchiv eingeladen. Frau Titze konnte den Betroffenen die Befürchtungen nehmen bzgl. eines erschwerten Zugangs zu ihren persönlichen Stasi-Akten. Vielmehr gab sie den positiven Ausblick, dass der Zugang zu den Stasi-Akten dank der Digitalisierung und dem besseren Zugriff auf die Karteien schneller und einfacher werden soll. Auch der Zugang zu den Unterlagen der DDR-Ministerien, die schon seit der Wiedervereinigung dem Bestand des Bundesarchivs angehören, soll für Betroffene zukünftig einfacher gestaltet werden. Wir haben Frau Titze im Rahmen ihrer Zuständigkeiten als Unterstützerin gewinnen können und freuen uns auf die Zusammenarbeit auf den unterschiedlichsten Gebieten u.a. auch in der Ausgestaltung des Campus für Demokratie an diesem historischen Ort.

Frau Zupke, aufgeschlossen und herzlich wie immer, ließ in ihrem Grußwort die letzten Monate Revue passieren und berichtete von ihren zahlreichen Begegnungen mit Betroffenen, die sie tief berührten und das Fundament für ihre Arbeit bilden. Ihren ersten Jahresbericht in ihrer Funktion als SED-Opferbeauftragte hatte Frau

Zupke erst am 15. Juni 2022 dem Bundestag übergeben. Umso schöner war es, dass nun etliche druckfrische Exemplare unsere Mitglieder erreichten und sie die wichtigsten Eckpunkte kurz darstellte. In einer offenen Fragerunde wurden insbesondere die Hürden bei der Beantragung und Anerkennung von gesundheitlichen Folgeschäden umfangreich diskutiert, die für alle Betroffenen unerträglich sind und hoffentlich bald vereinfacht werden.

Ein weiterer Programmpunkt waren die letzten Filmbeiträge der UOKG, die auch auf dem YouTube-Kanal UOKGNews ab-

rufbar sind. Zum einen schauten wir den Film „Erinnern als Aufgabe - Denkmal zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland“ an und hoffen, dass die Grundsteinlegung im nächsten Jahr stattfinden kann. Zum anderen sahen wir den Film „Gedenkreise nach Oberschlesien – Auf den Spuren des NKWD-Lagers Tost“ von unserem Kameramann Lucas Hütter, der auf Bitten der langjährigen Organisatorin Sybille Krägel die diesjährige Gedenkfahrt filmisch festgehalten und professionell aufbereitet hat. Das Angebot der UOKG die Veranstaltungen unserer Mitglieder filmisch zu dokumentieren stieß auf reges Interesse.

Am Sonntag, den 26. Juni 2022, trafen sich leider nicht mehr alle Teilnehmer des Verbändetreffens vor dem „Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, und Gott sei gedankt, die Referentin des Museums war aus gesundheitlichen Gründen unpässlich – ja, es war wieder sehr heiß – und so wurden wir von der lieben, engagierten und energischen Sybille Dreher kenntnisreich durch die AUSSTELLUNG geführt. Nach einer jahrelangen Debatte um die obengenannte Einrichtung wies uns Frau Dreher auf die versteckten Fehlstellen in der Dauerausstellung hin – vielen lieben Dank dafür! Es war ein tolle und vor allem interessante Führung.

Wir freuen uns auf das Beisammensein beim nächsten Verbändetreffen am 05./06. November 2022.

Sandra Czech, UOKG

## Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Frau Dr. Nooke, sucht Zeitzeugen

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur sucht Zeitzeugen, die während ihrer Haft zum Gefängnisgeesorgter Eckart Giebler Kontakt hatten. Giebler hat seit 1953 Gefangene in verschiedenen DDR-Gefängnissen betreut und war seit 1959 Inoffizieller Mitarbeiter des MfS.

Wenn Sie Ihre Erfahrungen weitergeben wollen, wenden Sie sich bitte an

Susanne Kschenka, susanne.kschenka@lakd.brandenburg.de oder telefonisch 0331 / 23 72 92 – 0.

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur  
Hegelallee 3, 14467 Potsdam  
Telefon: 0331 / 23 72 92 – 12  
E-Mail:  
claudia.horbach@lakd.brandenburg.de  
www.aufarbeitung.brandenburg.de

# Nachruf auf Karl Heinz Vogeley

Liebe Angehörige und Freunde der Lagergemeinschaft Workuta / GULag Sowjetunion, Karl Heinz Vogeley ist tot. Er verstarb am 25. Juni 2022 im Alter von 93 Jahren in Haldensleben. Als 16-Jähriger wurde er im Juli 1945 verhaftet und im November 1945 von einem Sowjetischen Militärtribunal zu einer 15-jährigen Haftstrafe verurteilt. Über acht Jahre musste er Zwangsarbeit in verschiedenen Arbeitslagern in der SU ableisten.

Der Historiker Meinhard Stark hat einen Nachruf auf Karl Heinz Vogeley geschrieben. Diesen können Sie auf der Homepage [workuta.de](http://workuta.de) unter AKTUELLES mit Eintrag vom 10. Juli 2022 lesen: <https://www.workuta.de/aktuelles/index.html>

Die Trauerfeier für Karl Heinz Vogeley fand am Freitag, den 15. Juli 2022 in Haldensleben statt.

In stiller Anteilnahme  
Stefan Krikowski

Am 11. Juni 1990 fasste Karl Heinz Gedanken in einem Gedicht zusammen, die ihn schon sehr lange bewegten: „Jahre hat man uns genommen / fern der Heimat – Sklaverei. / Manche Nacht wurden wir vernommen / niemand hörte unseren Schrei. / Jedes Mittel war ihnen gleich / brutal wurden wir zusammen geschlagen / es zählte nicht, ob arm, ob reich. / Oft wurden wir hinaus getragen. / Und sind wir auch nur noch gekrochen / unser Stolz, der wurde nicht gebrochen.“

Karl Heinz Vogeley wurde am 28. Februar 1929 in Haldensleben bei Magdeburg geboren. Der Vater war in verschiedenen Berufen tätig, seine Mutter Hausfrau. Die Familie war tief in der Gemeinde der Neuapostolischen Kirche verwurzelt. Karl Heinz besuchte die Mittelschule und war Mitglied im Jungvolk der Hitlerjugend. Im April 1945 wurde die Stadt von den Amerikanern befreit. Nach dem Einmarsch der Roten Armee im Juli 1945 hatten sich 12 ehemalige Angehörige des Jungvolks auf der sowjetischen Kommandantur zu melden, darunter Karl Heinz. Dies bedeutete ihre faktische Inhaftierung. Überführt nach Erleben, dem Stab der zuständigen Militäreinheit, wurde der 16-Jährige schweren Verhören mit physischer Folter ausgesetzt. Im November 1945 verurteilte ein Sowjetisches Militärtri-

bunal die angeklagten Jugendlichen wegen angeblicher Terrorakte sowie der Beschädigung von Eisenbahnen, Transport- und Fernmeldeeinrichtungen in organisierter Form – trotz Widerrufs ihrer erzwungenen Aussagen – zu Strafen zwischen 10 und 20 Jahren Besserungsarbeitslager. Karl Heinz erhielt 15 Jahre. Über Frankfurt/Oder, Brest-Litowsk und Kotlas deportierte man die Minderjährigen in ein Lager südlich von Workuta, am Polarkreis. Dort leistete Karl Heinz Zwangsarbeit im Gleisbau und bei der Schneeräumung. Im Herbst 1948 wurde er in das Straflager Dscheskasgan in Kasachstan verlegt. Dort musste der Gefangene eine Häftlingsnummer tragen und in Kupferminen unter Tage schuften. 1951 gelang es ihm, die Arbeit als Brotschneider einzunehmen.

Am 17. Juni 1953 ging er in Richtung Westen auf Transport und gelangte in das Entlassungslager Tapiau im Gebiet Kaliningrad, vormals Ostpreußen. Der eigentliche Rücktransport begann am 22. Dezember und endete mit seiner Ankunft in Haldensleben am 28. Dezember 1953. Acht Jahre und sechs Monate Lagerhaft lagen hinter Karl Heinz, ohne dass er ein Lebenszeichen von sich geben konnte. Zuhause erwartete ihn der Vater; die Mutter war einige Monate zuvor aus Gram verstorben. Ein Vierteljahr suchte der Heimkehrer vergeblich Arbeit. Trotz mittlerer Reife wollte ihn niemand einstellen, bis er schließlich eine Anstellung als Hilfsarbeiter in der Hofkolonne eines Handelsbetriebes bekam. Er erwarb den Facharbeiterbrief eines Großhandelskaufmanns und stieg aufgrund hervorragender Arbeitsleistungen über die Jahre bis zum Handelsleiter und stellvertretenden Direktors des Betriebes auf. 1991 ging Karl Heinz Vogeley in Pension. Er war seit 1956 mit seiner Ehefrau Ilse verheiratet und hat zwei Töchter und einen Sohn. Die Jahre in der DDR beschrieb Karl Heinz in seinem Gedicht mit folgenden



Karl-Heinz Vogeley

Worten: „Sind die Ketten auch in Workuta geblieben / ungehindert ließ man uns auch hier nicht gehen. / Wir konnten nicht bestimmen, wurden nur getrieben / viele Repressalien waren für uns auserseren. / Am Rande der Gesellschaft mussten wir das Dasein fristen / unser Haupt das hielten weiter wir gesenkt. / Nun regieren nicht mehr Bonzen, sondern Christen / ob wohl einer an unsere Rehabilitierung denkt? / Lange genug sind wir gedemütigt, gekrochen / unser Stolz ist noch immer nicht gebrochen.“ 1995 erfolgte seine Rehabilitierung durch die Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation. Karl Heinz Vogeley ist am 25. Juni 2022 im Kreise seiner Familie friedlich eingeschlafen.

Vor seiner Lebensleistung verneige ich mich tief, meine Gedanken und meine Trauer sind bei den Angehörigen, insbesondere seiner lieben Frau Ilse. In meinen, in unseren Erinnerungen wird Karl Heinz immer einen gebührenden Platz einnehmen.

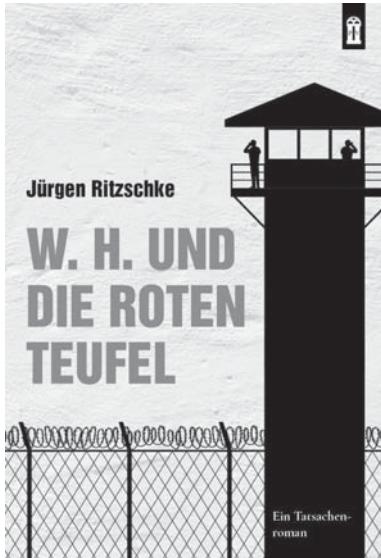
Meinhard Stark, Berlin im Juli 2022  
LAGERGEMEINSCHAFT WORKUTA /  
GULAG SOWJETUNION

## Umzug, Lieferadresse, Änderungen?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail: [der-stacheldraht@uokg.de](mailto:der-stacheldraht@uokg.de), Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

## Namen sind Schall und Rauch

Würde man einen Wortstämmlen Linken mit legendärer PDS/SED-Biografie im Zusammenhang mit seiner Stasi-Verqui-



.....  
 Jürgen Ritzschke: *W. H. und die roten Teufel*, Ein Tatsachenroman. 1. Auflage, 434 Seiten, Paperback, Patrimonium-Verlag, ISBN: 978-3-86417-170-3  
 .....

ckung und mit Klarnamen erwähnen, hätte der gewiefte Jurist sofort die Klageschrift parat. Diese Unverfrorenheit basiert Judaic der Sicherheit des Rechtsstaates und des eigenhändigen Schredderns seiner belastenden Akten!

Im dem Erstlingswerk „H.W. und die roten Teufel“ von Jürgen Ritzschke“ wählt der Autor zur offen und ehrlichen Erzählung einen guten Freund! Damit hat er die Sicherheit nicht - von wem auch immer - juristisch angegangen zu werden. Nun, für einen Szenekenner, sowohl der lokalen und sozialen Verhältnisse im Leipziger Norden der 50iger/60iger Jahre, war das Lesen dieses Buches wie ein historischer Film mit den realistischen Bildern, Gerüchen und Sinnen im Alltag dieser Zeit.

H.W.'s Lebensgeschichte vermisst keine Dramatik und Turbulenz dieser Zeit. Widersprüchlicher, als das Leben des Buchhelden, kann kaum ein Leben verlaufen. Vom ersten Berufswunsch bis zum Ausreisearbeit, vom Berufsverbot bis zur Verurteilung und Freikauf. Wer bietet mehr?

Diese sensible, ehrliche und dramatische Geschichte wird wohltuend Frischkorn von leckeren Kochrezepten (Futtern wie bei Mutter) und erstaunlich poetischen Gedichten unterbrochen. Das Double „H.W.“ hat mit unverkennbarer Freude sich das Leben von der Seele geschrieben. Kompliment!

Der Autor und ich trafen sich am 15. Dezember 1977 nach dem Knast in Cottbus und Chemnitz im legendären Reisebus nach Gießen. Unsere Frauen und Kinder waren parallel zur Haftzeit in Leipzig im engen Kontakt. Erst im Frühjahr 1978 waren unsere Familien wiedervereint - sie in Raststatt, wir in Duisburg. Für unseren zweiten Sohn, wählten wir Beate Ritzschke gern zur Patentante.

Ich habe mit größter Freude und anhaltender Spannung dieses Buch gelesen. Die Idee auch einmal die eigene Story zu Papier zu bringen, hat sich erledigt. Es deckt sich sehr viel mit dem „H.W. - und die roten Teufel“! Nomen est omen: H.W.= J.R.

Thomas K. Pflug,  
 Hamburg im Sommer 2022

## Als das Rote Meer grüne Welle hatte

Von der Nikolaikirche in die Freiheit

Dieses Buch wurde von einem Zeitzeugen geschrieben, der als Jugend-Diakon in Leipzig nichts anderes tun wollte, als gemeinsam mit Menschen für den Frie-



.....  
 Günter Johannsen: *Als das Rote Meer grüne Welle hatte*, kartoniert 180 Seiten, ISBN: 3873367157  
 .....

den zu denken, zu beten und zu arbeiten. Umständehalber bekam er dazu ab 1982 Raum und Gelegenheit in der durch die Friedliche Revolution berühmt gewordenen Leipziger Nikolaikirche. Günter Johannsen ist der Begründer der Leipziger Montags-Friedensgebete in der Nikolaikirche. Hier begann im Geiste die Friedliche Revolution in der DDR. Zunächst waren es "nur" Gebete, letztendlich aber der Beginn des Aufbegehrens gegen das Unrechtsregime DDR. Von hier zogen die Menschen über den Leipziger Ring und riefen: Wir sind das Volk! Nach der Wende ließen sich Andere als Revolutionäre feiern und die Lorbeeren ans Revers stecken. Johnny, so nannten ihn seine Freunde, längst als Jugenddiakon im Oderbruch für seine Jungen Gemeinden tätig, hielt sich bescheiden im Hintergrund. Heute wird sein Name wenigstens auf einer der erklärenden Schautafeln in der Nikolaikirche erwähnt. Aber damit nicht genug. Johnny war in der Wendezeit der Mitbegründer der neu organisierten SPD in seinem Heimatkreis und arbeitete dann ab 1998 bis zu seiner Pensionierung engagiert für seine jungen Schützlinge in der

Ambulanten Erziehungshilfe im Umland von München, einer Abteilung der Evangelischen Kinder- und Jugendhilfe Feldkirchen. Er hat sein kritisches Denken und Handeln beibehalten und prangert in unserem Land alte und neue Missstände an. Möge dieses Buch den Lesern einen etwas anderen Einblick in die Zeit der politischen Wende geben und ihnen die Augen öffnen, wie schnell alles vergessen wird und alte Genossen versuchen, das Rad der Geschichte zurück zu drehen.

Burgberg im August 2020,  
 Dr. Michael Schubert

### Leserstimmen

„Ein sehr authentisch geschriebenes Buch, fesselnd bis zur letzten Seite. Es ist empfehlenswert für Leser aus jeder Generation. Für die Generation, der auch der Autor zugehört, ist es mit hohem Erinnerungswert, für einige leider auch mit schmerzhaften Erinnerungen verbunden. Denjenigen, die Kindheit und Jugend in der späten DDR erlebt haben, fügt sie die, oft noch nicht wahrgenommene, Realität des Systems hinzu. Für die Enkelgeneration ist die Lektüre unentbehrlicher Geschichtsunterricht. Als aktiver Mitgestalter der friedlichen Revolution gibt der Autor einen lebendigen

Einblick in die damaligen Probleme und die Versuche der SED und ihrer Nachfolger zur Erhaltung der Macht. Im letzten Teil wird das Wirken und Denken der Gestalter von 1989/90, begründet durch deren Erfahrungen in einem totalitären Staat, bis zur jüngsten Vergangenheit nahe gebracht.“

„Das Buch eines Zeitzeugen - treffend und berührend geschildert. Viel mehr DEUTSCHE müssen solche Bücher lesen, damit nicht in Vergessenheit gerät, was überwunden wurde! Die derzeitige Entwicklung dieses Landes lässt mit Sorge zurückschauen, was hinter uns liegt, nämlich eine DDR, die niemand zurück möchte - außer vermutlich einige ewig Gestrige. Das Buch

regt an zum Nachdenken und Hinterfragen. Hatte selbst Stasi-Kontakt (zum Glück nicht mit Verhaftung), aber ausreichend bedrohlich genug, damit einem das Grauen den Rücken runter rieselt. Nie wieder in einen solchen Staat zurück!!! Das Buch ist eine Mahnung, nicht zu vergessen, ein Aufruf wachsam zu sein - sich einzubringen und einzumischen, damit die Entwicklung dieses Landes in die richtige Richtung verläuft und nicht hin zu DDR 2.0!!!“

Der Autor, Günter Johannsen, ist ein evangelischer Diakon und Sozialpädagoge. Er war 1982 einer der Initiatoren der Montags-Friedensgebete in Leipzig.

## Leseempfehlungen eines Lesers des Stacheldrahtes

Konrad Löw: Der Mythos Marx und seine Macher. Wie aus Geschichten Geschichte wird. Herausgeber: Langen-Müller (01.01.2000), Gebundene Ausgabe, 480 Seiten, ISBN-10: 3784425674, ISBN-13: 978-3784425672

Karl Marx. Der Mensch hinter der Ikone, In Zeitschrift: G-Geschichte – Menschen – Ereignisse – Epochen, Portrait Karl Marx 2008, [www.g-geschichte.de](http://www.g-geschichte.de)

# Buch premiere

kanon

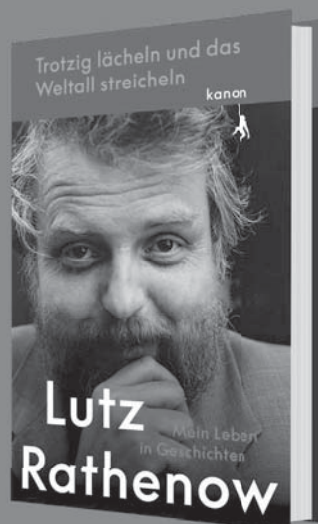


mit  
**Lutz Rathenow,**  
**Marko Martin,**  
**Harald Hauswald,**  
**Leander Haußmann,**  
**Ilko-Sascha Kowalczuk**

Moderation  
**Marion Brasch**

Lesung  
**Sabeth Vilmar**

**24. September 2022**  
**20 Uhr**  
**Palais in der**  
**Kulturbrauerei, Berlin**  
**Eintritt: 12 / 15 €**



Eine Kooperation von:

kanon verlag | | |

## Der BSV gratuliert seinen Mitgliedern, die im August und September Geburtstag haben

Hans-Joachim Schafft am 04. August, Eckehard Schultz am 07. August, Olaf Burrow, Jürgen Klandt, Alfred Ullmann am 08. August, Wolfgang Göllnitz am 15. August, Erika Ryssel am 25. August, Rainer Opitz am 03. September, Anneliese Wolf am 06. September, Renate Stimming am 11. September, Rolf Schälike am 13. September, Horst Klinke am 14. September, Dr. Wolf Erler am 18. September, Eckhard Bufe am 23. September, Joachim Simon am 28. September.

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

## UOKG-Beratungsstelle

Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin  
Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 53  
E-Mail: [kegel@uokg.de](mailto:kegel@uokg.de)

Cornelia Kurtz  
(Thema DDR-Zwangsadoption)  
Mo, Do, Fr, 10–14 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 54  
E-Mail: [kurtz@uokg.de](mailto:kurtz@uokg.de)

Magdalena Kuhn, Dipl.-Psych.  
Mo, Mi, Fr 10–12 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 52  
E-Mail: [kuhn@uokg.de](mailto:kuhn@uokg.de)

Tanja Germer, Dipl.-Päd.  
Mo, Fr 10–12 Uhr  
Tel. (030) 57 79 87 39  
E-Mail: [germer@uokg.de](mailto:germer@uokg.de)

Beratungstermine nur nach telefonischer Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

## Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Tel. (030) 55 15 28 58  
E-Mail: [bsv-beratung@gmx.de](mailto:bsv-beratung@gmx.de)

Telefonische Sprechzeiten  
Elke Weise, Juristin  
Di, Do, 11–17 Uhr, Fr. nach Vereinbarung

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

## Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet oder ihn abonniert haben

Christoph Wesselhoeft, Alexander Grow, Roswitha Wischnewski, Peter Menzel, Günther und Jill Heimann, Dr. Wolf-Peter Erler, Alexander und Many Wörner, Heinz-Peter und Irene Kosanke, Uwe Behne, Fritz Schüler, Angelika Mädicke, Gerd Ahnert, Sibylle-Martha-Margarete Dreher

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein  
Konto-Nr. 665 52 45 01  
BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG  
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01  
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:  
„Stacheldraht-Spende“

### Das Zitat

„Die schönsten Träume von Freiheit werden ja im Kerker geträumt.“

Friedrich von Schiller (1759–1805), Johann Christoph Friedrich Schiller, ab 1802 von Schiller, deutscher Arzt, Dichter, Philosoph und Historiker; gilt als einer der bedeutendsten deutschsprachigen Dramatiker und Lyriker

Quelle: Schiller, F., Theoretische Schriften. Prosaische Schriften. Zweite Periode, Briefe über Don Carlos, 2. Brief, 1788.

**BSV-Förderverein für Beratungen**  
(ehemals Bund der Stalinistisch Verfolgten)  
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin

Vorsitzender: Ekkehard Schultz  
Sprechzeiten s. S. 19  
Telefon (030) 55 15 28 58  
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de  
Konto: BSV-Förderverein für Beratungen  
IBAN: DE85 1007 0848 0665 5245 00  
BIC: DEUT DED B110

**Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)**

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40  
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski  
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19  
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Internet: www.uokg.de  
E-Mail: Info@uokg.de  
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,  
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24  
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00  
BIC: DEUTDE33HAN

### Impressum DER STACHELDRAHT

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

**Redaktion:** Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin,  
Tel. (030) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)  
**Neue E-Mail:** der-stacheldraht@uokg.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG,  
IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

**Herstellung:** Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,  
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluss Ausgabe 5/22: 29. Juli 2022  
Redaktionsschluss Ausgabe 7/22: 02. September 2022  
Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)

